

Sozialdemokrat

Zentralorgan der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Redaktion und Verwaltung: Prag II. Sabitzkova nám. 32. Telefon 6795, nachts 6797. Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat Prag. Postparaffastante 57544.

Einzelpreis 70 Heller. Bezugsbedingungen: Bei Bestellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich 16.- Kr. vierteljährlich 48.- Kr., halbjährig 96.- Kr., ganzjährig 192.- Kr. Für Deutschösterreich monatlich 120.- SK, für Deutschland 16.- Mk. Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Die neuen Männer.

Die neue Regierung kann also beginnen: die Männer, welche von nun bis auf weiteres die Regierungsgeschäfte zu führen haben werden, hat man nach langem Suchen endlich gefunden, was bei dem vielfach zutagegetretenen Widerwillen, in dieses Kabinett einzutreten und bei der Spärlichkeit an ministrallen Persönlichkeiten unter den koalitierten Parteien, schon keine leichte Aufgabe war. Worauf auch der Umstand hinweist, daß Svehla, der in Aussicht genommen war, an die Spitze des Ministeriums zu treten, in der letzten Stunde in der Versenkung verschwand und mit der in den alten griechischen Schauspielen beliebten Unpflücklichkeit wie der bekannte Gott aus der Maschine als Premierminister Dr. Benesch emporstieg, gerade Dr. Benesch, an dessen Kommen am allerwenigsten gedacht worden war. Benesch, der auch weiterhin Minister des Aeußeren bleibt, hat, da er wegen der Konferenzen Westungarn betreffend, fast ständig auf Reisen war, an den Verhandlungen über die neue Regierungsbildung nicht teilgenommen — er übernimmt also ein Ministerium, an dessen Zusammenstellung er ganz schuldlos ist — und da er auch sonst viel von Prag abwesend ist, so fiel es Niemandem ein, an die Möglichkeit seiner Ministerpräsidentenschaft zu denken, denn man konnte nicht ohne weiteres annehmen, daß ein Ministerpräsident sein Gewerbe auch im Umherziehen betreiben könne. Aber offenbar war man im letzten Augenblick durch irgendwelche außenhin unbekannte Vorgänge in Bedrängnis geraten, worauf, um das Ministerium überhaupt zustande zu bringen, Benesch die Rolle des rettenden Engels übernehmen mußte.

Einige tschechische Blätter wollen allerdings wissen, daß nicht der Zufall der Verlegenheit, sondern weise Voraussicht bei seiner Wahl zum Ministerpräsidenten bestimmend war. Dr. Benesch soll, so beteuern sie, die besondere Mission haben, den Ausgleich mit den Deutschen durchzuführen, zu welcher Mission er wegen seiner gefestigten Stellung in besonderem Maße befähigt sei. Wir wollen Dr. Benesch die Befähigung zur Durchführung dieser brennendsten Aufgabe nicht ohne weiteres absprechen, denn es will uns scheinen, daß diese Befähigung nachgerade jeder besitzt, der eines guten Willens ist. Auf deutscher Seite sind die Verhältnisse für den Ausgleich sicherlich reif und es wäre Dr. Benesch schon der Ehrgeiz zu wünschen, seine politische Unabhängigkeit zur Lösung dieser Frage zu verwenden. Er wird vorerst freilich auf Unglauben stoßen, denn die Geschichte des Memoires III und einige andere Dinge sind noch in zu lebhafter Erinnerung, um so leicht an seine freundlichen Absichten zu glauben, aber es liegt im Willenskreise Dr. Benesch', durch ehrliches, festes Wollen und guten Willen Vertrauen zu erwerben und dadurch die Deutschen dem Gedanken zuzuneigen, daß seine unerfreuliche Vergangenheit insofern milder zu beurteilen ist, als er als junger Diplomat die Begriffe, Diplomatie und Unwahrhaftigkeit zu verwechseln geneigt war.

Die übrigen Männer des Kabinetts, das also kein rein parlamentarisches ist, stellen zusammen eine solche bunte Mischung dar, daß durch sie die Erwartung auf Bewältigung größerer Aufgaben auf ein Nichts herabgedrückt wird. Die tschechischen Sozialdemokraten haben im neuen Ministerium, nicht wie sie beanspruchten, vier Portefeuilles, sondern nur drei erhalten, dagegen hat der Einfluß der tschechischen Nationaldemokraten durch die Besetzung zweier Ministerstühle mit Beamten eine wesentliche Verstärkung erfahren, der nun, obwohl sie

eine ungleich kleinere Partei sind, nicht geringer ist, als jener der tschechischen Sozialdemokraten.

Mit der Leitung des Ministeriums für Landesverteidigung wurde der Agrarier Ubrzal betraut, einer der führenden Männer der tschechischen Agrarier, der schon im österreichischen Abgeordnetenhaus für „Halm und Uhr“ kämpfte und den seine Partei da er ein immer bereiter Redner ist, und sozusagen repräsentativ wirkt, bei allen Redeschlachten voran schickt. Diese Schlachten machen Ubrzal einzigen militärischen Ruhm aus und seine Hauptbefähigung zum Landesverteidigungsminister dürfte wohl in seinem mackalischen Aeußern zu suchen sein.

Der bisherige Ministerpräsident Cerny übernimmt die Leitung des Ministeriums des Innern. Offenbar soll er, der gegenüber den Kommunisten bisher eine so starke Hand und gegenüber ergebierenden Konnationalen soviel Milde und menschliches Verstehen zeigte, das Element der Ordnung darstellen. Aber da das Ministerium auch sonst manche Belastung zeigt, ist über den Geschick, ihn aufzunehmen, der durch seine Ministerfähigkeit so belastet erscheint, zu staunen.

Das Unterrichtswesen hat man an Dr. Vavro Srobar, man muß schon sagen, ausgeliefert. Dr. Srobar war bekanntlich nach erfolgter Besetzung der Slowakei bevollmächtigter Minister für die Slowakei und hat durch die Art, wie er das Land verwaltete, wohl das Meiste dazu beigetragen, die Slowaken gegen die tschechoslowakische Herrschaft aufzubringen. Wie so vieles an diesem neuen Ministerium dem Zufall zuzuschreiben ist, so auch die Zuweisung dieses Portefeuilles an Dr. Srobar. Alle koalitierten Parteien waren bestrebt, das Portefeuille des Unterrichtsministeriums für sich in Anspruch zu nehmen und da eine Einigung nicht erzielt werden konnte, griff man schließlich, damit Niemand recht behalte, nach Srobar. Man kann nur wünschen, daß Srobar im Unterrichtsministerium nicht so ungeschickt haust, wie er dies in der Slowakei tat, sonst würde dies für das Schulwesen verhängnisvoll ausschlagen.

Den Stinnesgeist, wenigstens soweit es die Scharfmacherei gegen die Arbeiterschaft betrifft, wird wohl der zum Handelsminister bestellte Abgeordnete Ladislav Novak in das Kabinett mitbringen. Er ist Chef der Maschinenfabrik Novak & Comp. und hat als nationaldemokratischer Abgeordneter sich bisher ausschließlich als Unternehmervertreter betätigt, indem er allen sozialpolitischen Gesetzen zähen Widerstand entgegensetzte.

Das schwierige Amt des Finanzministers wurde dem Direktor des Bankamtes, August Novak, übertragen. Bedenklich ist, daß er von Dr. Maschin, dem die Tür vor der Nase verrammelt wurde, vorgeschlagen wurde.

Da bei uns Priester in besonderem Maße die Befähigung zum Eisenbahnberuf haben, wurde Abg. Monsignore Schramel Eisenbahnminister. Schramel wird aber gewiß im Ministerium sich weniger auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens als auf jenem der Schule und Politik zu betätigen suchen. Er war einer der Hauptkulturschleicher der „Betta“, ist ein Meister des parlamentarischen Intriguenspiels und wird bei seiner Schläue sicher bald den stärksten Einfluß im Ministerium besitzen. Aus zähestem Stoffe geformt, ist er ein fanatischer Klerikaler und wäre, in früherer Zeit geboren, zweifellos eine Art Torquemada geworden. Ein Ministerium, in dem Schramel sitzt, ist zur Durchführung der Trennung des Staates von der Kirche schlangweg unfähig.

Eine nicht ungeschickte Wahl bedeutet die Ernennung des Abg. Dr. Dolanský zum Justizminister, der wegen seiner urbanen Umgangsformen und seines ruhigen, freundlichen Wesens auch bei Gegnern persönliche Sympathien genießt. Er gehört der tschechischliberalen Partei an.

Minister für Vereinheitlichung der Gesetzgebung wurde der slowakische sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Jvan Derer, wozu nur zu sagen wäre, daß die Auffassung dieses überflüssigen Ministeriums ein nützlich ersparnis bilden würde.

Zum Postminister und Versorgungsminister wurde der tschechische Sozialdemokrat Anton Erba ernannt. Ein eifriger, kenntnisreicher Mann, der sich gewiß auch in dieser Stellung bewähren wird.

Die Führung des Ministeriums für soziale Fürsorge übernimmt Abg. Gustav Habrman. Sein Wirken als Unterrichtsminister war kein glückliches. Es ist ihm nun einige Gelegenheit geboten, seine Fehler durch nationale Unparteilichkeit gutzumachen.

Benesch über Westungarn.

Gestern hat Ministerpräsident Dr. Benesch dem Ausschuss für Aeußeres des Abgeordnetenhauses in ausführlicher Rede Mitteilung über seine Politik in der westungarischen Frage gemacht. Der Minister erklärte, nicht aus eigener Initiative vermittelnd aufzutreten, sondern von ungarischer Seite um Vermittlung ersucht worden zu sein. Diesen Wunsch habe er im Interesse der Friedens erfüllt. Zu Befürchtungen, daß es zu bewaffnetem Eingreifen kommen könne, sei kein Grund. Ungarn habe von der Entente ein bis 4. Oktober befristetes Ultimatum erhalten und daraufhin erklärt, die Bedingungen erfüllen zu wollen. Sollte dies nicht geschehen, dann allerdings könnten Komplikationen eintreten, dann jedoch werde der Ministerpräsident nicht selbst entscheiden, sondern die Volksvertretung werde rechtzeitig zu den Ereignissen Stellung nehmen können.

Der Rede des Ministerpräsidenten schloß sich eine Debatte an, in der Genosse Dr. Czech die Stellung unserer Partei präziserte. Genosse Dr. Czech verurteilte es insbesondere, daß die Volksvertretung durch eine Geheimdiplomatie vor fertige Tatsachen gestellt werde. Die deutsche Sozialdemokratie halte an dem Selbstbestimmungsrecht der Völker fest und sei aus Prinzip gegen jedes bewaffnete Eingreifen der Tschechoslowakei zwecks Durchsetzung der Friedensdiktate. Die Entente selbst möge in der Frage des Burgenlandes, die die Folge ihrer Friedensdiktate ist, Ordnung schaffen.

Zum Schluß gelangten die Erklärungen des Ministerpräsidenten zur Abstimmung, wobei sämtliche Parteien bis auf die deutschen Sozialdemokraten und Kommunisten die Erklärungen Benesch's zur Kenntnis nahmen. Die Deutschbürgerlichen sind der Sitzung ihrem Abstimmungsbefehlsgemäß ferngeblieben.

Die Rede des Ministers.

Der Minister erklärt, es sei notwendig, über die letzten Ereignisse, die mit der westungarischen Frage zusammenhängen, Bericht zu erstatten, um die in der letzten Zeit aufgetauchten Gerüchte und Befürchtungen, daß sich aus der gegebenen Situation irgendwelche Gefahren ergeben können, zu zerstreuen. Die westungarische Frage halte seit mehr als einem Monat die Deffentlichkeit Europas in Aufregung. Der Minister bespricht die Bestimmungen des Friedensver-

Der ehemalige Postminister Abg. Skanek wurde zum Minister für Landwirtschaft bestimmt. Seine prächtige, robuste Gesundheit würde ihn auch zur Uebernahme jedes anderen Ministeriums befähigen.

Minister für öffentliche Arbeiten wurde der Nationalsozialist Alois Tudený, Gesundheitsminister der auf dem linken Flügel der nationalsozialen Partei stehende Abg. Dr. Brebenšky, welcher dafür bekannt ist, die parlamentarischen Gepflogenheiten um Ohrfeigen bereichert zu haben, die er einmal einem liberalen Abgeordneten verabreichte. Hoffentlich wird ihm diese Tätigkeit bei seinem Kollegen Schramel nicht weiter schaden.

Zu nennen ist noch der Minister für die Slowakei, Dr. Měura, der wieder in das Kabinett aufgenommen wurde.

Alles in allem ist es wirklich ein Ministerium der Ueberraschungen, wenn auch nicht der freudigen. Die größte Ueberraschung allerdings würde darin bestehen, wenn dieses Ministerium wirklich etwas zustande brächte.

trages, denen zufolge einige Komitate Westungarns an Oesterreich zu fallen haben, die im August unter Mitwirkung einer internationalen Kommission an Oesterreich hätten übergeben werden sollen. Doch es kam, so sagte der Minister weiter, zur Reokkupation durch die Ungarn, obwohl die Verbündeten sich bemüht hatten, eine friedliche Beilegung des Konfliktes zwischen Oesterreich und Ungarn herbeizuführen. Die Schuld an dem Konflikt liegt an der ungarischen Regierung, welche verschuldete, daß die Friedensbestimmungen nicht erfüllt wurden. Unter diesen Umständen, besonders aber als ich aus Genf zurückkehrte und die Nachricht erhielt, daß mobilisiert werde, daß in den kleinen Grenzgemeinden Garnisonen versammelt werden, daß in Westungarn einige tausende Soldaten stehen und Wanden sich bilden, wurde von unserer Seite den Verbündeten eine Note übermittelt, in welcher gefordert wurde, daß der Friedensvertrag von Seiten Ungarns eingehalten werden müsse und in welcher darauf aufmerksam gemacht wurde, daß aus diesem kleinen Konflikt leicht eine große Frage entstehen könnte, wenn der Konflikt nicht rasch ausgetragen werden würde. Daraufhin erschien bei mir am Mittwoch der vorigen Woche ein ungarischer Politiker, der schon früher an unseren Konferenzen über wirtschaftliche Fragen mit Ungarn teilgenommen hatte und der, als die Rede auf Westungarn kam, mich fragte, ob die tschechoslowakische Regierung nicht in der westungarischen Frage intervenieren möchte, um zu ihrer friedlichen Austragung beizutragen. Ich antwortete ihm, daß es meine Pflicht wäre, immer für den Frieden zu wirken, besonders deshalb, weil es bei einer nichtfriedlichen Austragung der westungarischen Sache zu Zwangsmassnahmen kommen würde, bei welchen wir gezwungen wären, zu intervenieren. Die grundsätzliche Bedingungen bei allen Verhandlungen von unserer Seite bildet die Durchsetzung der Friedensbedingungen und die Uebergabe des Territoriums in die Hände der Generale der Entente. Hierauf bat mich der Delegierte der österreichischen Regierung, einige ungarische Detailforderungen vorzulegen. Ich versprach ihm, den österreichischen Kanzler Schober darüber zu informieren und ihm dann weitere Mitteilungen zu machen. Ich setze sofort das Königreich Jugoslawien, Rumänien und die große Entente von meiner Information

In Kenntnis, wendete mich telephonisch noch Donnerstag an den Kanzler Schöber und vereinbarte, an der österreichischen Grenze zu einer näheren Aussprache mit ihm zusammen zu kommen. Bei dieser Zusammenkunft wurde ich gewahrt, daß die Bevölkerung Österreichs eine friedliche Beilegung der ganzen Angelegenheit wünsche. Der Kanzler Schöber kam mit mir überein, nach Einholung der Stellungnahme des Ausschusses für Neuzeres mich über alle weiteren Schritte zu verständigen. Freitag habe ich den Standpunkt Schöbers der ungarischen Regierung mitgeteilt und nach meiner Rückkehr nach Prag sowohl die kleine als auch die große Entente von den Ergebnissen unserer Unterredung verständigt. Am Sonntag erhielt ich vom Kanzler Schöber eine Nachricht, in der er mich um Intervention behufs friedlicher Beilegung des Streitfalles ersuchte, gleichzeitig aber die Notwendigkeit von Garantien gegen das Vorgehen der Banden in Westungarn verlangte. Zugleich erhielt ich von unserem Botschafter in Budapest die Mitteilung, daß der Minister des Neuzeres Banffy nach Brunn kommen will, um über die Situation zu sprechen. Inzwischen war aber der offizielle Wortlaut der Note der Alliierten an Ungarn eingelangt, welche forderte, daß bis zum 4. Oktober Westungarn bedingungslos geräumt werden müsse, andernfalls würden Zwangsmaßnahmen ergriffen werden und falls noch ein weiteres Verhandeln nötig sein sollte, die Alliierten bereit seien, dazu beizutragen. In Brunn teilte mir Minister Banffy die Ansicht der ungarischen Regierung mit und ich bestand darauf, daß die erste Bedingung der Verhandlung sei, daß die Bedingung der Alliierten bis zur festgesetzten Frist erfüllt wird, oder aber daß es notwendig sei, daß der ganze Konflikt vorher ausgetragen werde. Ich erklärte mich bereit, den Alliierten und allen sonst interessierten Mächten mitzuteilen, über welchen Punkt sich Österreich und Ungarn geeinigt hätten und wie mir die ganze Situation in Westungarn erscheint. Ich versicherte ihm, daß uns an der Erfüllung des Friedensvertrages und an der friedlichen Austragung des Konfliktes gelegen sei.

Minister Banffy erklärte, daß die ungarische Regierung der Note der Alliierten entsprechen werde, daß aber die irregulären Banden in Westungarn eben jenes schwierige Problem bilden, für das die ungarische Regierung bei der heutigen Situation nicht verantwortlich gemacht werden könne. Trotzdem die Situation ernst sei, war sie niemals eine derartige, daß man unmittelbar vor einem Krieg gestanden sei. Immerhin berge sie für die Nachbarstaaten Ungarns durch die Anarchie im Burgenland, namentlich wirtschaftliche und verkehrstechnische Gefahren in sich. Nichtsdestoweniger habe die tschechoslowakische Regierung an keinen Krieg gedacht, auch nie ein Ultimatum gestellt, und nie war von einer Befehung durch tschechoslowakische Truppen die Rede, weil wir in dieser Sache stets im Einvernehmen mit der großen und kleinen Entente vorgehen wollten und sie über alle unsere Besprechungen und Unternehmungen sofort in Kenntnis gesetzt haben. Die Angelegenheit dürfte also bis zum 4. Oktober erledigt werden, da anzunehmen ist, daß bis dahin Westungarn von ungarischen Truppen geräumt werde oder aber die ungarische Regierung zu einer anderweitigen friedlichen Lösung der westungarischen Frage im Einvernehmen mit der österreichischen Regierung gelangt sein wird. Es ist immerhin möglich, daß auch im Falle eines friedlichen Abkommens zwischen der ungarischen und der österreichischen Regierung das Banden- und Freischärlerunwesen in Westungarn nicht aufhöre und in diesem Falle könnte es dazu kommen, daß im Auftrage der Alliierten die österreichische oder ungarische Regierung zu Zwangsmaßnahmen gegen diese Banden greifen müßte.

Die Debatte.

Subnil (Kommunist) protestiert gegen die nicht rechtzeitige Einberufung des Ausschusses. Die Banden in Westungarn seien organisierte Banden der ungarischen Regierung. Er stellt an den Minister die Anfrage wie weit Aktionen der Tschechoslowakei gingen, wenn sich Aktionen als notwendig erweisen würden. Abgeordneter Genosse Dr. Czsch erklärt, gegen die unheimlichen Methoden des Außenamtes auch in der westungarischen Frage schärfste Verwahrung einlegen zu müssen. Wenn im Zusammenhange mit der westungarischen Frage in der Öffentlichkeit beunruhigende Gerüchte laut geworden sind, konnten dieselben nur dadurch entstehen, daß das Außenministerium die ganze Deffektivität, vor allem aber die parlamentarischen Kreise dieses Staates ohne jede Orientierung über die westungarische Frage ge-

lassen habe, insbesondere aber über die Umstände, unter welchen es zu dem bekannten Eingreifen des Außenministeriums gekommen ist, sowie über die näheren Modalitäten dieser Intervention. Das ganze Verhalten des Außenministeriums sei auch in dieser Frage und demokratisch und konstitutionell gewesen, es laufe der Verfassung zuwider. Redner habe sich die Frage vorgelegt, ob für dieses Vorgehen des Ministeriums in diesem Falle, ebenso wie es in anderen Fällen geschah, in der Verfassung gewisse Unterlagen gegeben sind, doch habe er zu keinem anderen Ergebnisse kommen können, als daß für das Vorgehen des Außenministeriums in den Verfassungsgesetzen keine Deckung vorhanden ist. Redner verweist auf das Verhalten des österreichischen Außenamtes in der westungarischen Frage und stellt fest, daß seitens des österreichischen Ministeriums kein Schritt gesetzt wurde, der nicht von den zuständigen Organen, des Parlamentes gebilligt worden wäre. In der Tschechoslowakei sei jedoch der Mißbrauch, beziehungsweise Mißbrauch eingetreten, das Parlament vor vollendete Tatsachen zu stellen. Dagegen müsse Verwahrung eingelegt werden. Es mache sich in der Tschechoslowakei die Geheimdiplomatie von Tag zu Tag fühlbarer, die sich von der altösterreichischen nur dadurch unterscheidet, daß sie in einem modernisierten Gewande auftritt, aber sonst ganz den Charakter der altösterreichischen Geheimdiplomatie habe. Redner erklärte namens der Partei, daß sie sich dieser unheimlichen, ja autokratischen Methoden nicht gefallen lassen könne. In Anbetracht der ganzen außenpolitischen Situation und des hohen Grades der Erregung der Bevölkerung wäre die Einberufung des Parlamentes zwecks Abführung einer außenpolitischen Debatte sehr notwendig gewesen. Zum Gegenstande erklärt weiters Redner, die Erklärungen des Ministers wäre insofern beruhigend, als der Minister mit Bestimmtheit erklärte, daß die Gefahr kriegerischer Verwicklungen nicht bestehe, daß er ferner kein Ultimatum an Ungarn geschickt habe, daß sich die Gefahr einer Krise und anderer Komplikationen für die Tschechoslowakei ausgeschlossen ersehe. Weniger beruhigend sei die Mitteilung des Ministers, daß für den Fall, als die ungarische Regierung ein an sie von der Entente gerichtetes Ultimatum nicht bis 4. Oktober erfülle, daraus möglicherweise Konsequenzen abgeleitet werden müßten und daß es dann möglicherweise zu Strafmaßnahmen und Sanktionen käme. Nun sei die Frage aufzuwerfen, wie die aufzufassen sei und ob für den gegebenen Fall, an ein aktives Eingreifen des tschechoslowakischen Staates gedacht sei, oder ob man hier die Regelung der Angelegenheit durch die Entente im Auge habe. Die westungarische Frage ist eine Folge des Friedensdiktates. An allem, was mit den Friedensverträgen zusammenhängt, klebt ein Fleck. Das Geschenk Westungarn habe sich für Österreich als Danaergeschenk erwiesen. Es kann nicht unsere Sache sein für den Diktatfrieden eine Lanze zu brechen. Anders liegen allerdings die Dinge vom Standpunkte der Entente, vom Standpunkte des Herrn Ministerpräsidenten, der ja seine ganze Außenpolitik auf den Bestand der Friedensverträge eingestellt hat. Diese Friedensverträge müssen nicht nur für den Besiegten, sondern auch für den Sieger bindend sein. Die Entente habe die Verpflichtung für die Erfüllung des Friedensvertrages zu sorgen. Die Stellungnahme der Entente gegenüber Deutschland beweise, daß sie die Möglichkeit hat, für die Sicherung und Einhaltung der Verträge einzustehen. Deutschland hat diese Möglichkeit nicht. Österreich hat man wehrlos gemacht, während man das Vorhölz-Ungarn nicht entwaffnet hat. Bisher wurde seitens der Entente auch nicht der leiseste Versuch unternommen, Ungarn zu entwaffnen und auch die Tschechoslowakei hat in dieser Frage nichts unternommen. (Lebhafte Widerspruch des Ministerpräsidenten.) Redner wolle sich gerne korrigieren lassen. Es scheine aber nichts getan worden zu sein. Österreich müsse sich vor allem an die Entente wenden, welche ihre Verpflichtungen gegenüber Österreich nicht erfüllt. Redner verweist auf das merkwürdige Verhalten der Entente gegenüber Österreich in der Kreditfrage, in der Frage der Lebensmöglichkeit des Staates und nun in der westungarischen Frage. (Der Ministerpräsident nickt bei diesen Ausführungen zustimmend zu.) Die Entente habe es Ungarn gegenüber an einer energischen Stellungnahme fehlen lassen, weil es in Ungarn das Bollwerk der Gegenrevolution sehe. Aus der Unentschlossenheit der Entente in der Finanzfrage, in der oberösterreichischen Frage usw. schlagen die Ungarn Kapital. Wenn überhaupt jemand, so hat die Entente die Möglichkeit, aber auch die Verpflichtung, Ordnung zu schaffen, ohne daß ein Hineingeren anderer Völker in den Konflikt notwendig würde. Wir lehnen es mit aller Entschiedenheit ab, für die Einhaltung der Friedensverträge auch nur eine Hand zu rühren. Wohl wissen wir, daß es sich nicht nur um Burgenland handelt, sondern daß hinter der ganzen Sache die habsburgische Konterrevolution stehe. Trotzdem

legen wir, führt Redner aus, gegen jede Einmischung der kleinen Entente Verwahrung ein, weil daraus neue kriegerische Verwicklungen und Katastrophen erwachsen. Die westungarische Frage zu bereinigen, ist Sache der großen Entente. Die burgenländische Frage ist eine Folge der unseligen Friedensverträge, die eine beständige Bedrohung des Friedens bedeuten, die ein Unglück für die Völker sind. Wir verlangen daher nicht nur die Revision der Friedensverträge, sondern ihre Beseitigung, aber auch die Beseitigung der großen und der kleinen Entente und ihre Ersetzung durch eine wahrhafte Internationale der ganzen Menschheit, die der Welt den gesicherten Frieden bringen wird.

Es sprachen ferner die Abgeordneten Koubella (tsch. Soz.-Dem.), Dr. Hajn (nat. Dem.), Myslivec (tschech. Volkspartei), Prusobsky (slow. Nationalsozialist), der auf die ungarische Precedenta in der Slowakei aufmerksam macht, und wünscht, vom Minister die Erklärungen, über die Konferenzen der Delimitationskommission in Brünn, bezw. bezüglich der in der Konferenz vorgebrachten Wünsche der Ungarn. Hierauf sprach noch der tschechische Sozialdemokrat Marek, worauf Minister Benes die an ihn gerichteten Anfragen beantwortete.

Dr. Benes ergriff noch ein zweitesmal in der Debatte das Wort und führte im Wesentlichen aus, daß im gegebenen Falle die Volksvertretungen Gelegenheit zur Stellungnahme erhalten würden.

Bei der Abstimmung wurde die Erklärung des Ministerpräsidenten mit allen Stimmen gegen die der deutschen Sozialdemokraten und der Kommunisten zur Kenntnis genommen.

Hierauf richtete Abgeordneter Dr. Solitscher an den Ministerpräsidenten die Anfrage wegen der dringlichen Erledigung der durch den Zusammenbruch entstandenen wirtschaftlichen Verhältnissen. Dadurch, daß die Beziehungen zwischen der tschechoslowakischen Republik und Österreich heute noch nicht geregelt sind, seien Pensionisten in einer fürchterlichen Lage. Der Ministerpräsident habe wiederholt die endgültige Vereingung dieser Angelegenheiten zugesagt, er werde sie auch heute wieder zusagen, doch habe Redner kein richtiges Vertrauen mehr, zu den Zusagen des Ministers. Redner mache nochmals aufmerksam auf die furchtbare Situation dieser Menschen, die der Verzweiflung nahe sind. Diese Not betreffe sowohl Deutsche, wie auch Tschechen.

Ministerpräsident Dr. Benes erwidert, daß die aus dem Zusammenbruch entstandenen wirtschaftlichen und finanziellen Fragen ursprünglich bei der für heute Dienstag anberaumten Zusammenkunft mit dem Bundeskanzler Schöber hätten geregelt werden sollen. Infolge der außenpolitischen Situation sei die Regelung dieser Fragen für die nächste Woche verschoben worden.

Inland.

Ein kurzes aber treffendes Urteil fällt im „Cas“ Alois Hajn über die Rede, welche Dr. Kramar unlängst in Pardubitz gehalten hat: „Herr Dr. Kramar macht sich über die zweite

Die Lage in Westungarn.

Die Banditen rüsten weiter.

Wien, 28. September. (Drahtbericht des „Sozialdemokrat“.) Die ungarischen Banden haben die Stellungen am Spitalsberge im Furscher Wald bei Brud a. d. L. besetzt. Die Stellungen sind von ungefähr 1000 Banditen und regulären Truppen besetzt. Auch in Pohreudorf stehen unter dem Kommando Hejas 4000 Soldaten und Banditen. In der vergangenen Nacht hatten unsere Truppen wieder einen Angriff erwartet. Es kam wohl zu keinem Angriff, doch war die ganze Nacht hindurch Geplänkel. In der Nacht von Samstag auf Sonntag haben beim Schwarzbach, der die Grenze bildet, ungarische Banditen Schüsse auf unsere Truppen abgegeben. Heute erschienen neue Banden in Storzing, das sich noch auf ungarischem Boden befindet und erkundigten sich dort, ob im Orte Au, der schon in Österreich ist, Gendarmen oder Militär sich befinden. Kurze Zeit darauf tauchten etwa 30 Freischärler von dieser Bande in Au auf und hoben den dort befindlichen Gendarmenposten aus und verschleppten ihn nach Ungarn. An der steirischen Grenze kam es gestern und heute wiederholt zu Zusammenstößen mit ungarischen Banditen, doch wurden alle Angriffe abgeschlagen. Die ungarischen Banden haben dort große Verstärkungen erhalten. — Aus Ledenburg wird gemeldet, daß dort eine Bürgerwache aufgestellt wurde, welche sich in drei Kolonnen gliedert. In die erste Kolonne werden nur Reserveoffiziere aufgenommen. Diese ist kaserniert. Die anderen Kolonnen sollen erst im Alarmierungsfalle zusammentreten. In Ledenburg befinden sich derzeit ungefähr 2000

Schweiz als eine Phantastie lustig, aber ich bin schon ein solcher Phantast, daß ich lieber aus der Tschechoslowakei eine zweite Schweiz hätte als — ein zweites Österreich. Und das Bürgertum beider nationaler Lager auf dem besten Wege, in der tschechoslowakischen Republik österreichische Zustände herbeizuführen.“

Ein bürgerliches Lob der Kommunisten. Das „Rube Pravo“ brachte Sonntag einen Artikel, worin es mit Freude konstatiert, daß in der deutschen kommunistischen Partei andere taktische Strömungen zur Geltung kommen, daß die Anschauungen, wie sie in der tschechischen kommunistischen Partei verbreitet sind, auch in der deutschen kommunistischen Partei zur Herrschaft gelangen. Die bürgerlichen Blätter haben ein feines Empfinden dafür, daß die deutsche kommunistische Partei nunmehr gleichfalls vom Smeralschen Opportunismus angekränelt wird, daß Kreibich nunmehr in dasselbe Horn bläst, wie der größte Opportunist in der tschechischen Arbeiterbewegung. So schreibt der „Cas“: „Wir wagen es zu sagen, daß, falls die beiden führenden Politiker (gemeint sind Smeral und Kreibich, Anm. d. Red.) ihren Einfluß in dieser Hinsicht auf dem kommenden konstituierenden Parteitag der einheitslichen kommunistischen Partei zur Geltung bringen und wenn sie wirklich ihre Taktik ändern wollen statt bloß zu regieren und positive Arbeit unter der Arbeiterschaft leisten wollen, daß diese beträchtliche zur Beruhigung der heute zerfahrenen Verhältnisse dienen wird.“ Also die bürgerlichen Blätter glauben schon, daß Kreibich und Smeral „beruhigend“ wirken!

Ausland.

Däumling und Hoffmann aus der kommunistischen Partei ausgetreten. Die Zerlegung in der Vereinigten kommunistischen Partei Deutschlands schreibt unaufhaltsam fort. Es ist gar nicht lange her, daß die Partei ihren ehemaligen ersten Vorsitzenden Paul Lebi, der ihr die wichtigsten Anklagen ins Gesicht schleuderte, ausgeschlossen und schon treten, wie die Berliner „Politisch-parlamentarische Nachrichten“ erfahren, die kommunistischen Reichstagsabgeordneten Ernst Däumling und Adolf Hoffmann aus der Partei aus. Ernst Däumling war früher Vorsitzender der U. S. P. D. vor ihrer Spaltung und wurde nach der Vereinigung ihres linken Flügels mit der kommunistischen Partei deren Vorsitzender. Adolf Hoffmann ist einer der populärsten Arbeiterführer Berlins. Durch den Verlust dieser beiden Männer hat die kommunistische Partei — von Clara Zetkin abgesehen — keine bedeutenden Politiker mehr in ihren Reihen. In dem Augenblick, da der linke Flügel der kommunistischen Bewegung Deutschlands, die kommunistische Arbeiterpartei, endgültig ihren Bruch mit der dritten Internationale vollzieht und daran geht, eine neue vierte Internationale zu gründen, löst sich auch der rechte Flügel der Partei, der die bisher bedeutendsten Parteiführer in sich vereinigt hat, von der U. S. P. D. los. Der völlige Zerlegungsprozeß der kommunistischen Partei Deutschlands scheint nicht mehr aufzuhalten zu sein.

Freischärler, hauptsächlich Studenten aus Budapest. Sie sind in Zivil gekleidet, mit Gewehr und Handgranaten ausgerüstet. Vom Detachment Ozylenburg sind derzeit 4 bis 5000 Soldaten in Ledenburg. Auch bei diesen sind einige hundert Hochschüler. Diese tragen meist ihre militärischen Uniformen, beteiligen sich aber zumeist in Zivil an den Bandenunternehmungen. In Ledenburg ist auch Artillerie. Auf einer Höhe bei Ledenburg sind drei 24-cm.-Mörser in Stellung gegangen. Ozylenburg erklärte kürzlich, er habe in Budapest den Auftrag erhalten, entweder abzudanken, oder sich aus Westungarn zurückzuziehen. Er nehme den Auftrag aber nicht ernst und werde Westungarn keineswegs räumen, sondern es bis zum letzten Blutstropfen verteidigen.

Die Ozylenburger Formationen propagieren folgende Gedanken: Ungarn müsse sich deutsch orientieren und es wäre für Ungarn am besten, als völlig autonomer Bundesstaat in Deutschland aufzugehen. Da Preußen für eine Monarchie nicht mehr reif sei, müsse eine Monarchie in Bayern, Österreich und Ungarn geschaffen werden. Als Herrscher müsse nicht gerade König Karl in Betracht kommen, es könne auch ein Wittelsbacher sein. In Südburgen in Burgenland wurde die Bevölkerung von ungarischen Banden aufgefordert, die Feldfrüchte schleunigst einzubringen. In Ober-Hallendorf und in Ladenbach wurden die Einwohner gezwungen, insgesamt 81.000 ungarische Kronen

Das neue Ministerium.

Begrüßung durch die tschechische Presse.

Die Begrüßung des neuen Ministeriums durch die tschechische Presse, selbst durch diejenigen Blätter, die den Parteien angehören, aus denen sich die neue Regierung zusammensetzt, ist eine auffallende Erscheinung. Man merkt es, daß sich die Schreiber der verschiedenen Artikel zwingen mußten, ein paar freundliche Begrüßungsworte zu finden.

Die „*Marodni Listy*“ denken an nichts anderes, als daran, das neue Ministerium möge den tschechischen Kapitalisten Gelegenheiten geben, in Ruhe ihre Profite einzusacken. Das Blatt schreibt: „Die neue Regierung muß der Parole: Ordnung und Achtung vor den Gesetzen treu bleiben. Wir dürfen nicht viel und nicht überstürzt Gesetze machen, sodas sie sich einleiten können. . . Weg mit den Schlagworten, welche die einen aufregen, die anderen vor den Kopf stoßen und der Entwicklung des Wirtschaftlichen Lebens schaden. Wir haben schon genug Schlagworte und genug des Kampfes um wehende Fahnen. Regierung und Parteien müssen sich zusammensetzen, erwägen, was zweckmäßig und möglich ist, damit wir die ruhige Entwicklung und Konkurrenzfähigkeit nicht stören, aber damit wir auch diejenigen sind, welche arbeiten und erzeugen wollen.“

Die „*Marodni Politika*“ glaubt, daß außer dem offiziellen Programm, welches der Ministerpräsident entwickeln wird, die Regierung auch ein inoffizielles Programm haben werde. „Der neue Ministerpräsident wird einen ernstlichen Versuch der Regelung der Verhältnisse der staatlichen Minderheiten, hauptsächlich der Deutschen zur Republik unternehmen. Man kann als sicher annehmen, daß zwischen den Deutschen und der neuen Regierung neue Beziehungen angebahnt werden, die vielleicht dem deutschen parlamentarischen Verbände die Rückkehr in die Nationalversammlung möglich machen werden; es scheint, daß es zu diesen Verhandlungen sehr bald kommen wird.“

Werkwürdig inhaltslos sind die Erwägungen, die der „*Wenkov*“, das Blatt der Agrarier, der neuen Regierung widmet: „Die Kraft der neuen Regierung wird der Stärke, mit der sie die Mehrheitsparteien stützen werden, entsprechen. Und es ist im Interesse dieser Parteien, ja, im Interesse des ganzen Staates, daß die neue Regierung stark sei, denn nur eine solche kann für uns die Bürgschaft einer ruhigen Weiterentwicklung des Staates sein, und nur eine starke Regierung kann die unerlässlichen Voraussetzungen herbeiführen, welche der Staat zu seiner Entwicklung braucht.“

Das „*Česke Slovo*“ bemüht sich, seinen Lesern auseinanderzusetzen, daß die tschechischen Nationalsozialisten in die Regierung gehen mußten: „Es war nicht möglich, daß unsere Partei sich für die Opposition entschied, niemand könnte sagen, was dann gefolgt wäre, die Wahlen wären ein Sprung ins Dunkle gewesen und konnte ihr Ergebnis in einer Hinsicht vorausgesehen werden, so wäre das nur die Verschlechterung der inneren Verhältnisse in der Republik. Damit war unsere Taktik gegeben. Es war notwendig, ein ehrliches Kompromiß zu suchen und dahin zu arbeiten, daß die parlamentarische Arbeitsmehrheit sich verwandte in eine Regierungsmehrheit. Es war dies kein leichtes Arbeiten, wie die ganze Geschichte der Peika und des Endes der parlamentarischen Tagung erwiesen hat, es war dies kein erfreuliches Arbeiten, was jeder begreifen wird, der die tiefen programmatischen Unterschiede zwischen den Parteien kennt, die gezwungen waren, eine Lösung zu finden. Aber Not bricht Eisen.“ Weiters glaubt das Blatt, daß die neue Regierung keine vorübergehende sein wird, weil Dr. Benesch zu so etwas seinen Namen nicht hergeben hätte. Nach dieser Regierung kann nichts anderes als ein neues Parlament kommen, und sie kann deswegen erst dann von einer anderen Regierung abgelöst werden, bis man wird voraussehen können, daß sich die Parteiverhältnisse in dem Maße gefestigt haben, daß Neuwahlen Ergebnisse bringen, die der Parteigruppierung der Nation auf eine Reihe von Jahren entsprechen.“

„*Pravo Lidu*“ betont die Notwendigkeit der Uebernahme des Ministeriums für soziale Fürsorge durch einen tschechischen Sozialdemokraten, weil diesem die große Aufgabe zufalle, die Alters- und Invaliditätsversicherung durchzuführen. Ueber die politische Situation stellt das Blatt dabei folgende Erwägungen an: „Unsere Partei ist sich der großen Verantwortlichkeit bewusst, welche sie durch die Teilnahme an der Regierung auf sich nimmt und hat — wie die Ministerliste bezeugt — wohl erwogen, in welchem Maße sie die Verantwortung bei der heutigen Situation übernehmen kann, ohne die Interessen der Arbeiterklasse, die Interessen des Staates und die Interessen der Partei, die sich nach heftigen innerpolitischen

Krisen in Kolonialisierung befindet, zu schädigen. Wenn das deutsche und tschechische sozialistische Lager in der Tschechoslowakei zu gemeinsamer positiver politischer Arbeit vereint wäre, würden die Dinge freilich anders aussehen. Heute müssen wir damit rechnen, daß unser Abgeordnetenkreis durch den Abgang der Kommunisten um ein Drittel geschwächt worden ist, und daß unter den deutschen Sozialdemokraten dabei bisher die Ansicht überwiegt, es sei der deutschen Arbeiterklasse nützlicher, weiter auf den phantastischen Wegen einer nationalrevolutionären Republik zu schreiten und ihre Klasseninteressen auf ein Nebenplais zu schieben. (Daß die deutsche Arbeiterklasse die Klasseninteressen vernachlässigt, wenn sie nicht in die Regierung eintritt, ist die ganze Weisheit des „*Pravo Lidu*“. Anm. d. Red.). Die Frage der Parlamentsmehrheit ist bis zu einem gewissen Grade auch eine Frage der Zahl und da sehen die Dinge so aus, daß statt der deutschen Sozialdemokraten in die Regierung die ungefähr gleich starken tschechischen Merkanten und statt der kommunistischen Abgeordneten die Nationaldemokraten eintreten. Der Staat muß leben, ohne Parlamentarismus kann er nicht leben und ohne Mehrheit gibt es keine parlamentarische Ordnung.“

Auch die „*Tribuna*“ glaubt, daß durch die Berufung des Dr. Benesch auf den Posten des Ministerpräsidenten man es mit dieser Regierung ernst meine. „Allein, man kann nicht sagen, ob Dr. Benesch dauernd an der Spitze des Kabinetts bleiben wird, oder ob er sich nach einiger Zeit nicht auf sein auswärtiges Amt beschränkt und den Vorsitz etwa dem Herrn Svehla übergeben wird. Das könnte geschehen, wenn die auswärtigen Angelegenheiten eine solche Wichtigkeit gewinnen würden, daß sie ungeteilte Aufmerksamkeit beanspruchten. Sicher ist, daß ein Kabinett mit Dr. Benesch an der Spitze sich in der Fremde einer sehr günstigen Beurteilung erfreuen wird und daß seine Persönlichkeit, welche ein ernstes Programm und eine glänzende Taktik bedeutet, für uns innerpolitisch ein unbestreitbares Plus ist. Hoffen wir, daß es uns gelingt, in unsere Innenpolitik etwas von den Erfolgen zu übertragen, mit denen unsere auswärtige Politik geführt wurde.“

„*Rude Pravo*“ vergleicht die neue Regierung mit der Regierung Kramarich und schreibt: „Kramarich hatte den Vorteil, daß er eine Nationalversammlung hinter sich hatte, die aus den Vertretern einer einzigen Nation bestand. Der neue Ministerpräsident hat jedoch eine starke Opposition — zuweilen Obstruktion — andersnationaler Elemente, Deutsche und Magyaren und die sozialistische Opposition der kommunistischen Arbeiterschaft gegen sich. Die Nationalversammlung hat mit seltener Einmütigkeit gearbeitet. In der gewählten Nationalversammlung kann sich die Regierung nur auf die Abgeordneten von fünf Regierungsparteien stützen und dazu nicht einmal auf alle. Der Kampf um die Ministerposten hat zur Folge, daß die Kandidaten, welche leer ausgingen, in den Klubs Führer von Gruppen bilden, die der neu eingesetzten Regierung von dem Tage ihrer Geburt Schwierigkeiten bereiten und auf ihren Sturz hin arbeiten werden. Die neue Regierung kann nicht mit der überwiegenden Mehrheit der Nationalversammlung rechnen, ja, nicht einmal mit der bereitwilligen Unterstützung aller Regierungsabgeordneten. Sie hat gegen sich die Opposition der Arbeiterschaft und die nationale Obstruktion.“

Das einzige Blatt, welches mit Begeisterung die neue Regierung begrüßt, ist das Amtsblatt „*Československa Republika*“. Das ist ja der Verus der Regierungspresse, jeder Regierung zu dienen, das Lob jeder Regierung zu singen, mag der Ministerpräsident wer immer sein. „Alles, was die Regierung Benesch braucht, so schreibt das Blatt, „ist die Loyalität des Parlaments und das Vertrauen der Bevölkerung. Wir hoffen, daß sie beides in dem Maße bekommt, wie sie es verdient, und daß ihr dies eine Stärkung zu fruchtbarer, freudiger Arbeit sein wird.“ Das selig im Herrn entschlafene „*Wiener Fremdenblatt*“ hätte eine Regierung des alten Oesterreich nicht mit anderen Worten begrüßt.

Die albanischen Unruhen und das europäische Kräftespiel.

Die kurzfristigen Berichte der Südslawen lassen uns nur das eine erkennen, daß die Albanen wieder einmal in Unruhe geraten sind, das leidenschaftlich-ungehämte Volk, dessen Siedlungsbereich sich viel weiter ausdehnt, als die ihm heute zugewiesenen Staatsgrenzen, hat seinen verschiedenen Herren, den Byzantinern und (seit 1479) den Türken, fortwährend zu tun gegeben, seine Kampflust ließ es Verbindungen mit wem immer eingehen, um den augenblicklichen Gegner mit noch größerer Wucht befehden zu können. Wenn die verschiedenen Nachbarn, die Griechen, Serben und

Italiener sich in Albanien festzusetzen suchten, so lag das gewiß nicht an dem armen, im Innern kaum zugänglichen Lande. Wohl aber reizten dessen Hafenstädte, wie Durazzo und Valona die Habgier jener Reiche, die das adriatische und jonische Meer beherrschen wollten. Deshalb machte Italien nach 1910 die Albanen gegen die Türkei mobil, deshalb stritten während des Balkan- und des Weltkrieges die verschiedenen Balkanfürsten um den Besitz des Landes. Wenn heute die Albanen gegen ihren nordöstlichen Nachbar, den jugoslawischen Staat aufbegehren, so leisten sie damit Italien wertvolle Dienste. Denn im adriatischen Meere sind jetzt Südslawen und Welsche die entschiedensten Konkurrenten. Auch die Ungarn dürfen sich des unerwarteten Bundesgenossen freuen. Im Südwesten gebunden, kann sich ein wichtiges Glied der Entente, dessen Bewegungen Italien so wie so mißtrauisch verfolgt, noch weniger rühren und muß sich hüten, aggressiv zu werden. Die haszburgerische Reaktion kann solcherart ein wirklicher Aktivposten der europäischen Gegenrevolution werden, ähnlich wie die Griechenlands gegenüber siegreiche Türkei. Frankreichs Politik ist durch das Zusammentreffen dieser Umstände heute weit aussichtsreicher als noch vor wenigen Wochen, man merkt das an Englands veränderter Haltung: Es zieht plötzlich Russland gegenüber scharfe Saiten auf, die „*Times*“ heben gegen Deutschland und der Völkerbundrat erwägt in Oberschlesien die Rückkehr zu einer der Sporkanlinien. In der Stärkung der französischen Stellung liegt die für Italien ungünstige Seite der neuen Situation beschlossen, denn wie in Jugoslawien, so muß Italien in Frankreich, was die Mittelmeerinteressen anlangt, einen gefährlichen Widersacher erblicken, so wie Deutschland mangels jeder Reibungsfläche sein natürlicher Bundesgenosse sein müßte. Aus dieser Erwägung heraus, und um Belgrad den Rang abzulaufen, mag Italien ursprünglich geplant haben, in der Frage des Burgenlandes den österreichischen Deutschen energisch beizuspringen. Jetzt ist von dieser Absicht nicht viel mehr zu spüren, die Wirren im Balkan und in Kleinasien wirken sich in ihren letzten Folgeerscheinungen deutlich nach Europa aus. In ihren Schicksalen ist, wie man sieht, die heutige Welt eine eng verbundene Gesellschaft. Aber die machtvollen Reite des feudalistischen und der Gewaltbau des kapitalistischen Systems dulden nicht, daß diese Gesellschaft auch die ihr angemessene Form eines wirklichen Völkerbundes annehme.

Die westungarische Gefahr.

Friedrich kündigt „Handlungen“ an.

Budapest, 27. September. (Tsch. P.) Gestern abends versammelten sich in Ofen vor der Wohnung des Abg. Stefan Friedrich mehrere hundert Demonstranten, die unter lebhaften Claqueurrufen Friedrich zu hören wünschten. Er erschien auf dem Balkon und dankte in kurzer Rede für die Ovationen, indem er erklärte, daß die Zeit der Reden nunmehr vorbei sei und er jetzt zu handeln beabsichtige.

Die Regierung mimt Korrektheit.

Budapest, 26. September. (Tsch. P.) Ein Teil der österreichischen Presse veröffentlichte die Meldung, daß die ungarische Regierung in ihrer auf die jüngste Ententenote erteilten Antwort erklärt habe, nicht in der Lage zu sein, Westungarn zu räumen, da dies die innerpolitische Lage umstürzen würde. Das Mag. Tel. Kor. Bur. wird von zuständiger Seite zu der Erklärung ermächtigt, daß die magyarische Regierung eine derartige Note niemals an die Alliierten gerichtet habe.

Die Entente und Deutschland.

Stimmungswechsel in England?

London, 26. September. (Reuter.) Die „*Times*“ veröffentlichen einen Artikel, in welchem an der Hand zahlreicher Belege dargetan wird, daß Deutschland bemüht ist, ein Heer von 800.000 Mann zu mobilisieren. In dem Artikel heißt es, Deutschland verberge die Kredite für die Artillerie, die Militärausrüstung und die Militärkrankenhäuser im Zivilbudget. Es könne die Handelsproduktion leicht in eine Kriegproduktion umwandeln. Es weigert sich, die Mobilisierungslisten zu vernichten, indem es vorgibt, sie zur Bezahlung der Pensionen zu benötigen. Die Pensionsbehörden sind nicht anders als die verlappten früheren Rekrutierungsbureaus. Es besteht ein ungeheures Mißverhältnis zwischen der Zahl der Offiziere, der Unteroffiziere und der Soldaten. Jede Kompanie, Batterie oder Eskadron der Reichswehr hat die Nummer und die Abzeichen des ehemaligen Regimentes, in welchem sie disloziert sind. Deutschland denkt daran, die Sicherheitspolizei der 18 neutralen Staaten in Reservearmee-korps zu

konzentrieren. Am Schluß des Artikels fordern die „*Times*“ in energischer Weise, die Rechte der Militärkommission Rollets zu verstärken. Frankreich und England mögen gemeinsam vorgehen, um den Reim des Militarismus aus dem nationalen deutschen Leben zu beseitigen.

Abrüstungsforderungen.

Berlin, 27. September. (Tsch. P.) Die Rotter interalliierten Militärkontrollkommission vom 9. September schließt: Die Kommission beehrt sich darum zu erforschen, daß ohne neuen Verzug die notwendigen Veränderungen vorgenommen werden, um die Organisation der Polizei im Einklange mit den Bestimmungen des Friedensvertrages und den ergänzenden Entscheidungen der alliierten Regierungen zu bringen. Sie verlangt ferner, daß ihr Ueberblick der vollständigen Stärkenachrichten überhandt werde, wobei die verschiedenen Kategorien der Polizei auseinanderzubalten sind, besonders, daß ihr die Listen der kommunalen und der staatlichen Polizeischulen nach dem Stande von 1913 und 1921 überhandt werden. Sie dringt endlich darauf, daß alle Maßnahmen getroffen werden, um der Polizei völlig freie Ausübung zu ermöglichen.

Neuorientierung der deutschen Politik.

Verhandlungen Wirths.

Berlin, 27. September. Reichskanzler Dr. Wirth hatte gestern nachmittags mit dem Führer der deutschen Volkspartei, mit den Führern des Zentrums und der Sozialdemokraten eine Besprechung über die Frage der Kabinettsneubildung im Reich. Ueber die Aussichten der Kabinettsumbildung äußert sich der „*Vorwärts*“ nicht besonders hoffnungsvoll. Er schreibt, daß eine Verbreiterung der Koalition zustandekommt, ist noch ganz ungewiß. Auf die Intrigen gegen Wirth lassen wir uns nicht ein. Eine Verbreiterung der Koalition kommt nur dann in Betracht, wenn die bisherige Politik des Kabinetts Wirth dadurch gestärkt, nicht aber geschwächt und nach rechts abgelenkt wird.

Geldige Beilegung des Konfliktes mit Bayern.

Berlin, 27. September. (Eigenbericht des „*Sozialdemokrat*“.) Zwischen Berlin und München ist es zu Vereinbarungen zur Beilegung des bayerischen Konfliktes gekommen. Ihr Inhalt wird heute veröffentlicht werden. Es sind gewisse Zugeständnisse gemacht worden, weil die Reichsregierung annimmt, daß das bayerische Kabinett eine loyale Haltung gegenüber der Reichsregierung einnehmen wird. Die Exekutivgewalt des Reichsministers des Innern soll gegenüber Bayern eingeschränkt werden, bei Konflikten zwischen dem Innenminister und dem bayerischen Landeszentralbehörden soll der Reichsrat als eine Art Schlichtungsausschuß fungieren.

Eine unabhängige Zeitung in München wieder zugelassen.

Berlin, 27. September. (Tsch. P. B.) Die „*Freiheit*“ meldet: In München ist auf Veranlassung des bayerischen Ministers des Innern das Verbot der unabhängigen „*Münchener Morgenpost*“ vom 26. ds. ab aufgehoben worden.

Oberschlesien.

Berlin, 27. September. (Tsch. P. B.) Wie die Blätter aus Breslau berichten, holte die Kommission des Völkerbundesrates über die ober-schlesische Wasserversorgung Informationen ein. Nach einer weiteren Blättermeldung hat die Kommission telegraphisch je einen deutschen und einen polnischen ober-schlesischen Gewerkschaftler nach Genf beordert und die beiden Vertreter sind bereits gestern abgereist.

Beratungen des Völkerbundes.

Die albanische Frage.

Genf, 26. September. (Wolff.) Die 6. Kommission (politische Angelegenheiten) nahm heute nach langer Debatte über die albanische Frage zwei von Cecil (Südafrika) eingebrachte Entschlüsse an. Die erste Entschliessung fordert die Veranmlung auf, die Unabhängigkeit Albanien anzuerkennen. Sie empfiehlt den Albanern, die Entscheidung der Völkerbundeskonferenz voraus anzunehmen. Die zweite Entschliessung fordert angesichts der Unruhen in Südslawien und Nordepirus und gegenüber den gegenseitigen albanischen und südslawischen Klagen, daß eine vom Räte ernannte Kommission die Grenzverhältnisse untersucht. Bei der Abstimmung über die zweite Resolution enthielten sich Frankreich, Jugoslawien und Griechenland der Stimmen.

Die Frage der Blockade.

Genf, 26. September. (Wolff.) Die Völkerverbandsversammlung widmete heute ihre ganze Sitzung der Blockadefrage, ohne zu einem Abschluss zu gelangen...

Der Streit um Wilna.

Wilna ist das Fiume des Ostens. Wie um dieses Italien und die Südslawen haberten und d'Annunzio hier dem Streit durch seinen Gewaltstreich ein Ende setzte...

Schweizer Raster, enge militärische, politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit beider Nachbarstaaten. Der Völkerverbund warf sein „moralisches Gewicht“ zu Gunsten des Vermittlungsvorschlages in die Waagschale...

Die diplomatische Offensive gegen Russland.

Tschischer Meinung.

Manchester, 26. September. (Tsch. P.) In einer Unterredung mit dem Moskauer Berichterstatter des „Manchester Guardian“ erklärte der Volkskommissar für Äußeres Tschischerin, seiner Ansicht nach bereitet sich eine vollständige Aenderung in der allgemeinen europäischen Politik gegenüber Russland vor...

Ein Zwiespalt in der Schweizer Partei.

Bern, 26. September. (Schw. Dep. Ag.) Der kürzlich in Luzern abgehaltene Parteitag der sozialdemokratischen Partei der Schweiz hatte einen Beschluss gefasst, welcher Vertrauensstellungen beim Völkerverbunde oder seine Institutionen mit Vertrauensstellungen in der Partei für unvereinbar erklärte...

Die Arbeiter schützen die Höchster Farbwerke.

Berlin, 27. September. (Tsch. P. B.) Die „Bosnische Zeitung“ berichtet, daß die Oberleitung der ausgesperrten Arbeiter in Höchst, die die Farbwerke besetzt haben, erklärte, daß es sich nicht um eine Besetzung des Werkes nach italienisch-kommunistischem Muster handle...

Tausende auf Wochen arbeitslos machen würde.

Italien und die Südslawen.

Belgrad, 24. September. (Tsch. P. B.) „Politika“ zufolge übermittelte der italienische Gesandte dem Ministerpräsidenten Pastisch den Wunsch der italienischen Regierung, den Eisenbahnverkehr zwischen Fiume und Jugoslawien wieder zu erneuern...

Rom, 24. September. (Tsch. P.) Die italienische Kammer hat mit 37 gegen 34 Stimmen eine Resolution angenommen, in der das Symans-Projekt als für Litauen unannehmbar erklärt wird.

Literatur.

Das „Prager Archiv“ bringt in der eben erschienenen Nummer 19 die: Liquidationsbesteuerung (§ 96 P.-St.-G.), Gesetz und Bemerkungen. Abänderung des Personalsteuergesetzes, Gesetz und Bemerkungen. Direkte Steuern und Einkommensteuer in der Slowakei...

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Der Kampf der Buchdrucker. Im Kollektivvertrag der Buchdrucker ist eine Bestimmung, daß auf Wunsch eines der beiden Vertragsparteien die Feuerungszulagen einer Revision unterzogen werden können, was mindestens einmal in einem Vierteljahr zu geschehen hat...

Kommission für den Abschluß eines Handelsvertrages wurde die Meistbegünstigungsklausel als Grundlage für den abzuschließenden Vertrag erklärt.

Schließung der Belgrader Börse. Aus Belgrad wird gemeldet: Da das neue Gesetz über den Valuten- und Devisenverkehr in Kraft getreten ist, hat die hiesige Börse unerwartet ihren Gesamtverkehr eingestellt.

Der Wert der Krone. Es kosten: 100 holländ. Gulden 160 1/2, 100 Mark 79, 100 schweiz. Franken 168 1/2, 100 Lire 406, 100 franz. Franken 701 1/2, 1 Pfund Sterling 866, 1 Dollar 97 1/2, 100 belg. Franken 701 1/2, 100 Best. 1251 1/2, 100 Dinar 166 1/2, 100 Lei 77, 100 österr. Kronen 4.27, 100 poln. Mark 1.65, 100 ung. Kronen 14.90 sch. Kronen.

Kunst und Wissen.

Oskar Fried dirigiert morgen, den 29. d. M. um 1/8 Uhr abends die Sächsische Philharmonie. Programm: G. Mahler: IV. Symphonie, und M. Rabel: „Daphis a Chloé“ Karten im Vorverkauf.

Vollbildungskonzert des Vereines deutscher Arbeiter. Sonntag, den 2. Oktober, 1/4. Produktivbörse. Siesel von Schuch, die Opernsoubrette des Dresdner Landestheaters, dem Prager Publikum aus dem Deutschen Kammermusikverein wohlbekannt, singt je eine Gruppe meist heiterer Lieder von Weber, Wolf, Mahler und Strauß...

Vereinsnachrichten.

Zentralverband der Angestellten in Industrie, Handel und Verkehr, Ortsgruppe Prag, Donnerstag, den 29. September um 8 Uhr abends findet im Restaurant „Goldenes Kreuzel“, Remaklanka, die Monatsversammlung statt. Tagesordnung: Das Betriebsrätegesetz. Referent Kollege Karl Löwit aus Teplitz. Gäste willkommen.

Herausgeber: Dr. Ludwig Czech und Karl Cermak. Verantwortlich Redakteur: Dr. Emil Strauß. Druck: Aktiengesellschaft Tribuna, Prag.

Mitteilungen aus dem Publikum.

„Urania.“ Heute 8 Uhr Eröffnungabend: Dante-Feier. Vortragende: Friedrich Adler, Chefredakteur Wesselski. Regitationen: Red. Ugo Dabone (ital.), Jonell Geldern, Deutsches Theater (deutsch). Der ital. Gesandte hat sein Erscheinen zugesagt. Restliche Karten 6-2 Kronen Urania-Kasse und Abendkasse. Polizeirat Tartaruga-Wien in der „Urania“. Zwei Vorträge: Montag, den 3. Oktober, 8 Uhr „Kriminaltelepathie“. Dienstag, den 4. Oktober „Weiteres aus der Polizeistube“. Das „Wiener Journal“ schreibt zum Vortrag „Kriminaltelepathie“: „Der große Konzertsaal ausverkauft! Z. hat sich eine Sammlung spannender, zum Teil noch unaufgeklärter Kriminalfälle zurechtgelegt und sucht die Lösung dieser Rätsel auf telepathischem Wege zu erweisen.“ Karten 10-3 Kr. Mitglieder Ermäßigung. Urania-Kasse.

Das „Prager Archiv für Gesetzgebung und Rechtsprechung“ bringt die für die Allgemeinheit wichtigen Erläuterungen anerkannter Fachleute, ferner wichtige Erlasse der Zentralen und eine reichhaltige Auswahl aus den Entscheidungen der obersten Gerichte.

Mit Parteilegitimation 5% Rabatt! „EPOCHA“ Ungeziefer-Isolierapparat. Nach ärztlichem Gutachten die einzige hygienische Möglichkeit, von der Wanzenplage wirklich befreit zu werden.

Büro- und Geschäfts-Einrichtungen amerik. Roll-Flachpulte, Registraturen, Kassen, Regale, Verkaufspulte, Gasthausmöbel etc. offeriert den p. t. Gewerkschaften und Genossenschaften zu Vorzugspreisen.

Ich teile dem P. T. Publikum mit, dass zur Herbstsaison grössere Quantitäten Stoffe für Damen- und Herrenanzüge, sowie Trikotagen am Lager sind, und noch zu alten Preisen, soweit der Vorrat reicht, verkauft werden.

Sämtliche Druckaufträge übernimmt Lidová knihtiskárna A. Nemet a spol. („Pravo Lidu“) PRAG II, Hyberská 7. :: Tel. 4999.

Kohle - Koks - Holz liefern fuhren- und waggonweise S. L. Reimann Söhne, Prag II., Václavské nám. 47. Telefon Nr. 1675 und 4179.

Frische Preiselbeeren in 5 kg Postkistchen liefert zum küssersten Tagespreise 7 Josef Červený, Klattau 4, Böhmerwald.

Für Konsumvereine, Genossenschaften und gewerkschaftliche Organisationen übernimmt zu Spezialkonditionen die Import- und Export-Expedition J. H. BASCH, PRAG Internationale und Uebersee-Transporte.

Verlangen Sie überall Mineraltafelwasser „EXCELSIORQUELLE“ AUS MARIENBAD. Generalrepräsentanz für die Čsl. Republik: Bank für Brauindustrie, Prag II. Havlíčkovo nám. Nr. 25.

Die Organisation des deutschen Landproletariats in der Tschechoslowakei.

Von Leopold Wimmer (Krumau.)

Obgleich wir mit den Ausführungen des Gen. Wimmer in diesem nicht übereinstimmen, glauben wir doch verpflichtet zu sein, seine Auffassungen, die anlässlich der Erörterung der Agrarfrage auf dem Parteitag aktuell sind, zur Diskussion zu stellen.

Der Gang der Dinge führt auch in der Landwirtschaft zum Großbetrieb und zum Sozialismus. Wenn hier und da noch angenommen wird, daß in der Landwirtschaft diese Entwicklung nicht zutrifft, so beruht sie darauf, daß der Kleinlandwirt sich auf der Schwelle erhält. Aber dies beruht nicht darauf, daß der Kleinbetrieb in der Produktion dem Großbetrieb überlegen ist, sondern darauf, daß er mit seinen familienangehörigen zum Arbeiter herabsinkt und seine Bedürfnisse auf das allergeringste eingeschränkt werden. Jede geistige und fachliche Weiterbildung unterbleibt. Die Produktionsweise wird immer rückständiger und trotz der größten Anstrengung und Ausbeutung der Familienmitglieder müssen sie der Konkurrenz des Großbetriebes und der großagrarisches Politik unterliegen. Auch die Klein- und Mittelbauern werden als Lohnarbeiter enden, sowie der einst tüchtige und mächtige Handwerkerstand gerendet hat. Gelingt es aber all die proletarischen Schichten der Landwirtschaft geistig zu heben, daß sie auf genossenschaftlicher Grundlage die Vorteile des Großbetriebes ausnützen können und die Führung in der Politik selbst in die Hand nehmen, dann gelangen sie durch immer größeren Ausbau des Genossenschaftswesens und den immer mehr erwachenden Gemeininn, ebenfalls zum Großbetrieb.

Die Agrarfrage ist daher auch eine sehr wichtige Angelegenheit der Gewerkschaften und der Genossenschaften. Je nach den Verhältnissen wird die eine oder andere Form der Arbeiterbewegung in der Entwicklung der Landwirtschaft zum Großbetrieb und zum Sozialismus in Bedeutung gewinnen. Das Landproletariat zerfällt in Lohnarbeiter und in Selbständige. Es steht für jeden Gewerkschafter fest, daß die Gewerkschaft alle Lohnarbeiter zu einer einheitlichen Kampffront zu vereinigen hat. In der Tschechoslowakei trifft dies bei dem deutschen Land- und Forstarbeiterverband nicht zu. Der Häusler ist hier nicht als Lohnarbeiter betrachtet, sondern als Produzent den Selbständigen angegliedert und mit dem Kleinlandwirt in eine genossenschaftliche Berufsorganisation eingereiht. Der Aufbau der Organisation des Landproletariats muß so sein, daß nicht die eine Organisation der anderen ihre Agitations- und Aktionskraft hemmt. In der Tschechoslowakei durchdringt diese genossenschaftliche Berufsorganisation die gewerkschaftliche Kampf- und schädigt die eigene Agitations- und Aktionskraft.

Gewiß ist der Häusler Produzent, aber leben kann er als selbständiger Produzent nicht. Er ist auf Lohnarbeit angewiesen. Heute arbeitet er mit den Forstarbeitern, morgen mit den Meierhofarbeitern und dann mit den Dienstboten und Juleuten beim Großbauern. Er bildet mit ihnen eine Arbeitsgemeinschaft und gehört auch in ihre Kampforganisation. Besteht auch sein Arbeitslohn nicht immer in Bargeld, sondern in Beistellung von Fuhrwerk, Grazeri oder Streu, so bleibt es doch Aufgabe des gewerkschaftlichen Kampfes, auch diese Entlohnung vertragsmäßig festzulegen und zu verbessern, und zwar gleichzeitig im

Lohnkampf mit den Forst- oder Landarbeitern. Wo sollte auch der Forstarbeiter oder Landarbeiter, wenn er eine Hütte und etwas Grundbesitz organisiert sein als wie in der Gewerkschaft. Es fällt niemandem ein, den Maschinisten oder den Bergarbeiter aus der Gewerkschaft seiner Arbeitskollegen zu reißen, wenn er auch eine kleine Landwirtschaft betreibt. Auch darin nicht, wenn er im Jahre die Hälfte der Schichten in der Glashütte oder im Schachte verfahren würde, vorausgesetzt daß es der Unternehmer zuliehe. Die Aktionskraft der Gewerkschaft würde darunter leiden. Ja, er kann und soll Mitglied seiner Gewerkschaft seiner genossenschaftlichen Berufsorganisation, der Konsumgenossenschaft und der politischen Organisation sein. Aber wer die Verhältnisse und die Denkwiese unserer derzeitigen Häusler kennt wird dies ernstlich nicht verlangen können. In der Landwirtschaft wird durch diesen Aufbau der Organisation nicht nur die Aktionskraft, sondern auch die Agitationskraft der Land- und Forstarbeiter-Gewerkschaft gehemmt.

Eine äußerst schwierige Aufgabe dieser Gewerkschaft ist die Eingliederung der Juleute und Dienstboten. Diese Lohnarbeiter sind noch weit abhängiger als es vor kurzer Zeit noch die Holzhauer waren. Aus eigener Kraft können sie nicht Gewerkschafter werden. Der Forstarbeiter kommt mit ihnen wenig in Verbindung. Die Holzhauer leben meist in Holzhauserdörfern, die fast keine Bauern mit Dienstboten aufweisen. Mit der Forstverwaltung werden eigene Verträge abgeschlossen, ebenso mit den Meierhofarbeitern. Das Arbeitsverhältnis auf den Bauernhöfen interessiert sie wenig. Ganz anders der Häusler. Er hat sein Häuschen in den Bauernhöfen, steht mit den Juleuten und Dienstboten beim Bauern in Arbeitsgemeinschaft. Auch mit ihnen muß er kämpfen und den Arbeitsvertrag gemeinsam schließen. Steht der Häusler in der Gewerkschaft, so dringt er darauf, daß sich die Juleute und Dienstboten seiner Gewerkschaft anschließen. Er ist doch unabhängiger wie sie und seine eigene Wohnstube ist der Zusammenkunftsort, in dem sie ihre gemeinsamen Angelegenheiten beraten können. Der Agitator für die gewerkschaftliche Organisation der Juleute und Dienstboten muß der Häusler sein. Er ist auch das Bindeglied zwischen diesen, den Forstarbeitern und den Meierhofarbeitern in der gemeinsamen Gewerkschaft.

Als Konsument gehört der Häusler sowie der Klein- und Mittelbauern, der ja auch zum Proletariat gehört, mit den übrigen Arbeitern in die gemeinsame Genossenschaft. Wenn sein Bedarf mehr in Kunstdünger, Kraftfutter und anderen für die Landwirtschaft nötigen Artikeln, statt in Milch, Eier, Fett usw. besteht, so muß die Verkaufsstelle in den ländlichen Gebieten diese Artikel führen. Deshalb braucht die genossenschaftliche Front nicht in zwei Teile zerschnitten werden. Auch der Hinweis, daß es sich um Produzenten handelt, die für ihre Produktion genossenschaftlich organisiert werden, ist nicht stichhaltig. Wir haben unsere Genossenschaft über den Namen einer bloßen Konsumgenossenschaft schon hinausgetrieben und sind zur genossenschaftlichen Produktion geschritten. Warum soll sich nicht dieselbe Genossenschaft auch um die genossenschaftliche Produktion in der Landwirtschaft kümmern. Die Erfassung der landwirtschaftlichen Produkte und ihre Ueberleitung in die Verkaufsstellen, um den Zwischenhandel zu beseitigen, ist Aufgabe dieser Genossenschaft. Den Gemeininn der landwirtschaftlichen Produzenten zu wecken und sie zur genossenschaftlichen Produktion zu be-

fähigen, kommt ihr zu. Sie verfügt über ganz andere Mittel als ein Verband der Kleinlandwirte und Häusler, um durch eine planvolle und großzügige Aktion dieses Ziel zu erreichen. Ihr stehen größere finanzielle Mittel und kommerziell geschulte Kräfte zur Verfügung. Sie kann Fachleute für landwirtschaftliches Genossenschaftswesen sich besorgen und heranbilden.

Die genossenschaftliche Berufsorganisation ist gleich eine Kampforganisation gegen die Bauern. Die mittleren und oft auch die Kleinlandwirte fühlen sich dadurch von dieser Genossenschaft abgetrennt. Es können nicht Berufskämpfe unter ein und denselben Mitgliedern in einer Organisation geführt werden, solange sie den Charakter von Klassenkämpfen tragen. Sie wird dadurch gefährdet, zumindest in ihrer Aktions- und Agitationskraft gelähmt. Halten wir diese Kämpfe von der Genossenschaft fern und verweisen wir sie in die Gewerkschaft, wo sie hingehören, dann bringt unsere Genossenschaft weit über den Kreis der Häusler und Kleinlandwirte. Fern von jedem Parteistreit, zieht die Genossenschaft Schichten der Landbevölkerung in den Bannkreis unserer Ideen, die wir auf einem anderen Wege nicht erreichen können. Das Vertrauen zu unserer Genossenschaftsbewegung ist heute schon in den Bauernland eingedrungen und erleichtert die Agitation. Jeder Bauer, der in den Bauerndörfern über genossenschaftliche Ideen spricht und von den genossenschaftlichen Errungenschaften der dänischen „Husmaend“ erzählt und dabei aufzeigt wie der Zwischenhandel beseitigt wird und Arbeiter und Bauern sich ergänzen, muß bestaunen, daß er bei den Bauern das denkbar größte Interesse findet. Den landwirtschaftlichen Genossenschaften der agrarischen Klopffeder steht er mißtrauisch gegenüber. Er spürt, daß sie nur so geleitet werden, daß sie der großagrarisches Preispolitik dienen. Das Interesse der Großen gegenüber zurückgestellt werden. Die agrarischen Klopffeder können sich auch gar nicht die Aufgabe stellen, die Landwirte zur Gemeinwirtschaft zu erziehen bei ihnen statt den Egoismus den Gemeininn zu wecken und sie durch die Genossenschaft zur Gemeinwirtschaft zu befähigen. Sie wissen, daß die Genossenschaft, wenn sie die Produktion erfasst, zum Schrittmacher für den Sozialismus werden muß. Darum können ihre Genossenschaften über einen bestimmten Kreis nicht hinaus. Der Bauer bereist bald, daß eine gemeinsame Genossenschaft mit den Arbeitern viel wertvoller ist, als eine, ohne sie, aber mit den Großagrariern. Die großen Errungenschaften der Arbeiter und ihr zelsicheres Vorgehen, macht auf sämtliche Landwirte den größten Eindruck und macht sie für eine mit den Arbeitern gemeinsame wirtschaftliche Organisation sehr empfänglich.

Der Hinweis auf die dänische landwirtschaftliche Genossenschaftsbewegung, die selbständig durch die „Husmaend“ geschaffen wurde, stimmt für unsere Verhältnisse und für die Zeit nicht. Als vor ungefähr 100 Jahren in Dänemark die genossenschaftliche Bewegung einsetzte, gab es dort keinen nennenswerten Großgrundbesitz, keine landwirtschaftlichen Lohnarbeiter und auch keine industrielle Arbeitererschaft. Es fehlte jede Arbeiterbewegung, die eine genossenschaftliche Bewegung ins Leben hätte rufen können. Der Träger der genossenschaftlichen Bewegung mußte der „Husmaend“ werden. Die Entwicklung des industriellen Proletariats ist weit über die Entwicklung des landwirtschaftlichen Proletariats hinaus gediehen.

Ohne Sozialisierung der Landwirtschaft gibt es aber keine sozialistische Gesellschaft. Die Zurückgebliebenheit der Landwirtschaft wird zum Hemmschuh der stürmisch vorwärts eilenden Industriearbeitererschaft. Mit ihrer Kraft muß nun dafür gesorgt werden, die Landwirtschaft vorwärts zu treiben. Die Zentralgewerkschaftskommission hat mit aller Macht zu sorgen, daß die Gewerkschaft der landwirtschaftlichen Lohnarbeiter mit der größten Aktions- und Agitationskraft ausgestattet wird und die Genossenschaft hat ihre Macht und ihren Einfluß, den sie durch die Industriearbeitererschaft errungen hat, in den Dienst der landwirtschaftlichen Genossenschaft zu stellen. Dies ist nun eine ihrer Hauptaufgaben der sie sich nicht entziehen darf.

Am 13. November tritt der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie in der Tschechoslowakei zusammen. Ein Punkt der Tagesordnung lautet: Die Sozialdemokratie und die Landwirtschaft. Soll ein Agrarprogramm geschaffen werden, dann müssen wir auch Arbeit schaffen, über die beste Form der Organisation des Landproletariats.

Hauptversammlung des Verbandes der deutschen Selbstverwaltungskörper.

Karlsbad, 27. September. (Eigenbericht des „Sozialdemokrat“.) Beim heutigen Verhandlungstag referierte der Bürgermeister Genosse G o t h (Wardorf) über die Regelung des Subventionswesens der Gemeinden, wobei er auf die Finanzen der Gemeinden hinwies, die es geboten erscheinen lassen, äußerst sparsam umzugehen. Zu subventionieren wären: Unterhaltungs-einrichtungen, Jugendfürsorgeorganisationen, Landeshilfsverein für Lungenkranke, Blindenschule in Lusitz, das Taubstummeninstitut in Leitmeritz, die Organisationen vom Roten Kreuz, der Deutsche Kulturverband und im übrigen solche Institute, die für das ganze deutsche Gebiet von Wichtigkeit sind. Das Ansuchen ist nicht an die einzelne Gemeinde zu richten, sondern an den Verbandsvorstand. Nach Erledigung der Debatte wurde die Resolution L o d g m a n angenommen, in der es heißt: In erster Reihe muß verlangt werden, daß mit der bisherigen Ueberung der Zurückhaltung der von den Steuerämtern eingehobenen Zuschläge gebrochen und die Aufteilung der betreffenden Beträge in erster Reihe nach dem Willen der Schuldner, dann aber weiter nach den tatsächlichen Verhältnissen erfolge. Die Versammlung beschließt weiter, die Einlösung der den Gemeinden- und Bezirksstarlisten gehörigen Kriegsanleihe. Die Resolution P o l z l besagt: Das Gesetz betreffend die vorläufige Regelung der Finanzwirtschaft sei nicht befriedigend, da es die grundlegende Regelung der Finanzwirtschaft nicht beinhalte. — Ueber die Bedeutung der städtischen Archive sprach Universitätsprofessor Dr. O t t o l a r W e b e r, worauf Oberbaurat Dr. B a c h über die Wohnungsbaufrage referierte. Hierauf sprach Bezirksobmann Dr. T i p p m a n n über die Bedeutung der Distriktsärzte, dann über die Errichtung einer deutschen Hebammenlehranstalt. Ein diesbezüglicher Antrag mit der Forderung auf Errichtung einer deutschen Hebammenschule auf Kosten des Staates wurde einstimmig angenommen. In die Verbandsleitung wurden gewählt: Bürgermeister Dr. Walter (Teplitz), Abgeordneter C e r m a l, Andraschke (Jägerndorf), Fischer (Gablitz),

Hüdel-Nemec, Prag: Valuta — österr. Krone kürzt 0.52. Der Lebenslauf einer menschlichen Arbeitsbiene.

„Zu wissen sei es jedem, der's begehrt, Der Zettel hier ist tausend Kronen wert, Ihm liegt gesichert als gewisses Pfand Unmengen vergossener Bluts in Kaiser Karls Land — Damit die Wohlthat allen gleich gedeihe, So stempelten wir gleich die ganze Reihe. Zehn, Dreißig, Fünzig, Hundert sind parat, Ihr denkt Euch nicht, wie wohl's dem Volke tat. In diesem Zeichen wird ein jeder selig!“ Goethe — Faust, II. Teil.

61 Jahre ist er alt geworden, der verwachsene, hucklige Schneidergeselle Orlita. Sein Leben war ein langer grauer Arbeitstag, müffig wie die Werkstätte eines Fildschneiders. Nun wollten die müden Augen nichts mehr taugen; der Lehrbub mußte ihm den Faden in die Nadel einziehen, den er bei dem Versuche einzufädeln zum Gaudium seiner Mitgesellen um Daumesbreite am Nadelohr vorbeistieß. Vor 40 Jahren war er aus seiner mährischen Heimat nach der Auslehre nach Wien gekommen — wie so viele andere für die, die sonst so reich, böhmische Scholle, kein Brot trägt. Bei einem Landsmann fand er einen guten Posten urd in dessen Ehegesponsin, die das Regiment im Hause führte, eine ihm wohlgekannte Meisterin, die sich den tüchtigen nüchternen

Genossen, der fast nie das Haus verließ und sich so fürsorglich ihrer zahlreichen Nachkommenschaft annahm, nach Gefähr zu schätzen wußte.

Wenn Orlita endlich Feierabend machte, setzte er sich vor's Haustor. Auch so die Sonntag-nachmittage. Einmal nahm ihn der Meister in den Prater mit, ein andermal nach Schönbrunn. Voll Begeisterung und Staunen über all das Wunderbare, das er dort gesehen, kam er heim und zehrte jahrelang von diesen Erinnerungen. Als er einmal zu Frohnleichnam auch den Kaiser mit leibhaftigen Augen zu sehen bekam, war seine Sehnsucht nach persönlichen Erlebnissen gestillt.

Nach Weis und Liebe dürfte er kein Verlangen tragen. Mit diesem Hüdel und diesem ungeschickten Klumpfuß ist man ja so froh, wenn einem nur die Strahenjungens 'mal ungeschoren lassen. Besonders der Schusterlehrbub aus der Nebengasse, ein rechtes Wiener Frühl, hatte es auf das „böhmische Kameel“ abgesehen. Na er hatte aber auch seinen kurzen biden Knotenstrid tüchtig zu fühlen bekommen, der Lausbub der impertinente.

Also zog es Orlita vor, zuhause zu bleiben und immer das kleinste von Frau Meisterin Kinderschar, das noch nicht mitgenommen werden konnte, zu betreuen. Orlita sparte, sparte sich den Bissen vom Munde ab. Wenn schon nicht zum „Hausberrn“, wie sein Meister, so doch zum wohlbestallten Privatier mußte er es auf seine alten Tage bringen. Mehr als die Hälfte seines Wochenlohnes sendete er jeden

Sonntag Vormittag noch vor der Messe vom Favoriter Postamt in seine Heimat. Erst einen Gulden, dann zwei, bis er es schließlich, als er Altgefelle wurde, auf fünf Gulden brachte. Und dabei blieb es viele Jahre lang. Der kleine Bauernhof, auf dem er als jüngster geboren war, als er nach Wien zog, derart mit Schulden überlastet, daß das Anwesen gerichtlich versteigert werden sollte. Nach des Vaters Tode erbte es sein Bruder — schuldenlos, 5000 fl. ö. W. hatte nun wohl Orlita als einzige Hypothek auf seines Bruders Gültchen, aber er darbt weiter, wollte er doch einmal von seinen Renten leben. Und so ließ er sich von seinem Meister immer nur die Hälfte des Wochenlohnes auszahlen und die andere Hälfte in die österreichische Postsparkassa hinterlegen, zu welcher er unbegrenztes Vertrauen hegte. Einen Gulden gab er der Meisterin auf Mittagslohn für die ganze Woche; Frühstück, eine Einbrennsuppe mit Brotschnitten, bereitete er sich selbst auf dem wadligen Kanonöferl, das für die Bügeleisen geheizt wurde; das Nachtmal ließ er sich 3, später 5 kr. kosten. Gewöhnlich war es Brekhwurst oder Leberkäse, das ihm der Lehrbub bringen mußte. Nur Sonntags Nachmittag, wenn er das Haus hütete und der Meisterin Jüngstes betreute, gönnte er sich einen Krug „Absug“ und zwei Krüge. Dann las er mit Behagen, das „Weltblatt“, das ihm der Meister für die ganze Woche aufgehoben hatte und gönnte sich wohl auch ein Ziefta-Schlafchen. So würde es ihm alle Tage gehen bis er erst mal „Privatier“ geworden sei. Was soll ich Euch noch weiter berichten? Ein

kleiner Zwist um irgend eine Kleinigkeit, wie es schon so manymal in den besten Familien vorkommt, veranlaßte Orlita seine Hypothek beim Bruder zu kündigen. Nachdem er sich eingehend beraten, vertraute er sein Vermögen der Wiener Kommunal-Sparkassa an. Er wollte ja Wiener werden und da selbst damals für sein Erspartes ein Haus in Wien nicht zu erstehen war, so legte er wenigstens sein Geld bombensicher bei einem bodenständigen Wiener Finanz-Institute an, für dessen volle Sicherheit die so reiche Gemeinde Wien bürgte, wie man ihm allenthalben sagte. Orlita war ein gar vorsichtiger Finanzier. 20 Tausend Kronen hatte er schon beisammen, als der Krieg ausbrach. Nun sparte er auf den letzten Tausender. 30 Tausend müssen komplett sein, dann wolle er sich zur Ruhe setzen. Gab dies noch zu 4% eine Rente von 1200 K jährlich, wovon er behaglich leben könne. Doch der letzte Tausender wollte nicht mehr zusammen kommen. Sein alter Meister war gestorben und in den Konfektionshaus, wo er endlich unterkam, gab man ihm nur mehr lärglich entlohnte Fleckarbeit — er arbeitete doch gar zu bedächtigt und altmodisch. Bittere Not kam über ihn, aber er rührte sein Erspartes nicht an. Nur die Zinsen wie es einem Augen Mann zukommt. ... Vor einigen Wochen erregte bei den Schaltern der Dester.-Ung. Bank ein verwachsenes humpelndes Männchen höchstes Staunen und unliebsames Aufsehen. Es kam mit einem Haufen alter Banknoten und verlangte deren Um-

Goth (Wernsdorf), Köhberger (Nikolsburg), Böhl (Nuffig), Schofnid (Sternberg), Tippmann (Eger), Reiner (Bodenbach), Wrfina (Rumburg), de Witte (Karlsbad), Krifchla (Mies). Der Vorschlag für das nächste Jahr wurde einstimmig angenommen. Ebenso der Antrag, daß der Mitgliedsbeitrag in der bisherigen Höhe erhalten bleibe. Nach Erledigung kleinerer Anträge wurden die Beratungen um 5 Uhr nachmittags geschlossen.

Tages-Neuigkeiten.

Der Kampf gegen die Schundliteratur wird in Deutschland in jüngster Zeit überaus energisch geführt. Ein überaus originelles Kampfmittel wendet das Bezirksjugendamt Neufölln an. Um der Jugend Gelegenheit zu geben, gute Literatur zu bekommen, hat dieses Amt eine Bücherausgabestelle eingerichtet, von der Bücher unter folgenden Bedingungen ausgegeben werden: Jedes Kind, welches einen sogenannten „Schmöder“ bringt, erhält dafür ein gutes Buch nach der Wahl umsonst. Außerdem können Bücher gegen Bezahlung von fünfzig Pfennig entnommen werden und zwar so, daß das erste Buch bezahlt wird, jedes Buch kann dann gegen ein anderes unentgeltlich bis zu sechs-mal umgetauscht werden. Man kann wohl annehmen, daß sehr viele Kinder und Jugendliche, angespornt durch die Verheißung, ein neues Buch zu erhalten, daheim nach Erzeugnissen der Schundliteratur suchen und sie abliefern werden. Natürlich wäre es unsinnig, anzunehmen, daß durch diesen Vorgang, auch wenn er überall geübt würde, die Schundliteratur merklich abnehmen könnte. Dies wäre nicht einmal zu erreichen, wenn der Kampf gegen sie überall so radikal geführt würde, wie dies die sozialistischen Jugendorganisationen von Montona besorgen. Dort vereinigen sich jüngst Jugendvereine aller Parteien auf einem Platz, wo eine von vielen Hunderten von Jugendlichen abgelieferte Menge von Schundbüchern in aller Öffentlichkeit verbrannt wurde. Jugendliche hielten Ansprachen, und dann wurde der riesige Scheiterhaufen von Schundliteratur mit Petroleum übergossen und angezündet. Dieser „heilige“ Eifer gegen den Literaturschund, den diese Jugend entwickelt, ist überaus lobens- und nachahmenswert. Aber mit dem Verbrennen der Detektivromane, der Indianerbücher und süßlichen, unwahren Liebesgeschichten allein ist es nicht getan. Wenn das Schlechte gemieden ist, muß erst das Gute gesucht und gefunden werden. Und da scheint das Neuföllner Bezirksjugendamt den richtigen Weg zu gehen. Die Schundbücher sollen den Jugendlichen aus der Hand genommen und gleich damit die eigentliche erzieherische Absicht oerknüpft werden, sie zur Lektüre wirklich guter Bücher zu verhalten, ja anzuregen. Die Schmöder werden nicht verschwinden, man mag ihrer noch so viele abliefern, eintauschen oder gar verbrennen. Aber derer, die sie lesen, können so immer weniger werden, indem man die jungen arbeitenden Menschen zur Lektüre guter, bildender Werke und Schriften erzieht.

Völlerberhebung an: Massengrab. Nochmals Oppau. Die-mal von der politisch traurigsten Seite beleuchtet. Die deutschen Chauvinisten haben in ihrer Beurteilung der Katastrophe ein Beispiel ungeheurer Kraftigkeit geliefert, als zu welchem Grade der Verrohung ihre politische Leidenschaft gediehen ist. Sie haben das

„Tausch in „gesetzliches Metallgeld“. Als man ihm nicht willfahren konnte, schlug er Lärm und ohne Unterlaß las er vor Angst bebend, stehend und beschwörend den Text der Banknote: „Die Oesterr.-Ung. Bank zahlt über Verlangen dem Ueberbringer dieser Banknote jederzeit den angegebenen Betrag in gesetzlichem Metallgeld aus.“

Man hatte es augenscheinlich mit einem „Narren“ zu tun. Vergeblich versuchten die Beamten ihm seinen Irrtum klarzumachen, doch er zeigte keinerlei Verständnis für ihre doch so überzeugungsvollen Erklärungen, daß durch die Noteninflation die Geldreserve der Bank nicht mehr hinreiche usw., usw., sondern bestand beharrlich auf seinem Schein.

„Diebe, Halschmürzer, Wechselrächer!“ kreischte er, als ihn die „Rettungsgesellschaft“ gewaltfam wegschleppte.

Orlita war wirklich ein armer Narr. Ueber 40 Jahre hatte er gefrohdnet, gedarbt und gehungert, um sich 29.000 Ks zu ersparen — 151 Schweizer Franken.

Vorgestern las ich im Wiener-Vosalanzeiger die Notiz, daß sich der beschäftigungslose Schweizerhilfe Franz Orlita in einem Anfall geistiger Ummachtung im Prater erhängt habe. Seine böhmischen Verwandten erbten nach ihm fünfzehnhundert es. Kronen — die Frucht eines langen entfangungsvollen arbeitsreichen Lebens.

„Accuse! — Herr Staatsanwalt ich beantrage die Anwendung des Gesetzes! ...“

Unglück nationalstiftisch demahen ausgeschachtet, daß es notwendig ist, wenigstens einen Fall anzugeigen, um ihr Bild zu vervollständigen. Die „Hamburger Nachrichten“ brachten Donnerstag, den 22. September, eine Meldung des „Berliner 8-Uhr-Abendblattes“, folgenden Wortlautes: „Dagegen beteiligten sich die französischen Truppen weder an der Rettungsaktion noch an den Absperrungsmahnahmen.“ Da die übrige Presse, auch die Hamburgs, zur gleichen Zeit entgegengesetzte Meldungen brachte, hätte die Redaktion der „Hamburger Nachrichten“ erkennen müssen, daß ihre Meldung falsch war, zumindest hätte sie mit der Beurteilung der nicht erwiesenen Verweigerung französischer Hilfe bei der Rettungsaktion zurückhalten müssen. Die Franzosen haben tatsächlich geholfen, aber die „Hamburger Nachrichten“ veröffentlichten am Abend des 22. September einen Leitartikel, in dem sich folgende Sätze finden:

„Daß sich die Franzosen, die mit der bayerischen Rheinpfalz auch Ludwigshafen besetzt halten und dort überreiche Truppenkräfte stehen haben, nicht an Rettungswerk, ja nicht einmal an den notwendigen Absperrungen beteiligen, wer wundert sich darüber? Niemand durfte von den Franzosen etwas anderes erwarten.“ Die Franzosen verbieten das Hilfswerk mit grinsendem Zynismus... daß der Feind im Land steht und mit den Elementarkräften im Bunde gegen die Unglücklichen aus deutschem Stamm wütel. Nicht einmal den eigenen Volksgenossen mit deutscher Hilfe im schrecklichen Unheil beistehen zu dürfen, ist das grausamste Los, das uns diese Tage aus französischer Hand bescheren. „Doch der Sabotismus ist ja französischer Ursprungs und der Marquis de Sade der größte Franzose, in dem sich sein Volk am deutlichsten verkörpert sieht.“

Die deutschen Chauvinisten haben sich also nicht entblödet, die Unglückskatastrophe auszuschiagen, indem sie das ganze französische Volk in empörender Weise beleidigten. Eine objektive Unwahrheit, die Lüge von der Nichtteilnahme französischer Truppen an der Rettung und Absperrung, war ihnen gut genug, die französische Nation aufs Tiefste zu verletzen, zum Völlerhaß aufzureizen, gewissermaßen am offenen Massengrab der Opfer von Oppau Völlerberhebung zu predigen. Die große Not, die über das Deutsche Reich gekommen ist, hat seine „Ebeisten“ nicht zu wandeln vermocht. Ihr Wesen, das in ungläublicher Verrohung sich berechtigt dünkt, alles Nichtdeutsche zu befudeln, soll die Welt genesen machen! Sie wollen die Welt, an deren Leid von heute sie so sehr unschuldig sind, wiederum in die Angeln heben — sie ganz allein und die „Hamburger Nachrichten“ haben das in dem besprochenen Aufsatz auch klassisch ausgedrückt. Es heißt dort: „Wenn wir uns früherer deutscher Hilfsleistungen in fremden Ländern erinnern, so verlangen wir keineswegs, daß fremde Völker uns helfen, denn dieses Verlangen wäre doch vergebens. Deutschland hat sein Empfinden und seine Nächstenliebe für sich, von anderen werden sie nicht geteilt.“ — Von anderen werden sie nicht geteilt? Die Hecker mögen doch einmal die notleidenden Kinder und Studenten fragen, wie viel diese den Hilfsaktionen fremder Völker zu danken haben.

Ueber die Ursachen der Explosion in Oppau schreibt das „Berliner Tageblatt“: Nach den Ergebnissen der durchgeführten Untersuchungen steht nunmehr fest, daß die Katastrophe im Oppauer Werk der Badischen Anilin- und Sodafabrik auf die Explosion eines Lagers von etwa 45.000 Tonnen Ammoniumsulfat-palpeters zurückzuführen ist. Es haben zwei Explosionen stattgefunden, zunächst eine schwächere und einige Sekunden später eine sehr starke, auf welche letztere die verheerende Wirkung der Katastrophe zurückzuführen ist. Auf welche Vorgänge die aufgetretene Explosion zurückzuführen ist, konnte bisher nicht ermittelt werden und wird sich auch mit Sicherheit kaum ermitteln lassen, weil sämtliche, zur Zeit der Explosion in den betreffenden Bauten beschäftigten Personen der Katastrophe zum Opfer gefallen sind. Die teilweise verbreitete Nachricht, daß die Fabrik Oppau gänzlich zerstört sei, ist unzutreffend; die eigentliche Fabrik zur Herstellung von Ammonium- und Ammoniumsulfat ist verhältnismäßig wenig beschädigt, so daß mit einer Wiederaufnahme dieser Betriebe in nicht allzu langer Zeit wieder gerechnet werden kann. Aus alledem ergibt sich mit voller Sicherheit, daß die Herstellung von Ammonium nach dem Hochdruckverfahren der Badischen Anilin- und Sodafabrik mit der Explosion und ihren Ursachen in keinerlei Zusammenhang steht.

Das Gesundheitswesen in der Slowakei und in Karpatho-Rußland befindet sich in geradezu trostlosem Zustande. Im großen Komitat Zemplin gibt es bloß zwei öffentliche Spitäler. In den Krankenhäusern wird mit

den Medikamenten ebenso gespart wie mit den Lebensmitteln. Die technische Ausrüstung der Spitäler ist höchst primitiv. Das Monatsgehalt der Kreisärzte beträgt 500 bis 1000 Kronen. Unter solchen Umständen ist es kein Wunder, daß Kreis- und Spitalärztestellen unbefestigt sind. Der Kreisarzt Alexander Kationa wurde jüngst aus Buzsaky (Karpatho-Rußland) zu Gunsten eines neuerdings ernannten Ingenieurs aus seiner Wohnung deslogiert, so daß der Kreis jetzt keinen Arzt hat. Diese Zustände erklären es, daß die Sterblichkeitsverhältnisse in der Slowakei und in Karpatho-Rußland immer schlechter werden. Im Komitat Preßburg war die Sterblichkeitszahl im Jahre 1919 5962, im Jahre 1920 6225. Im Komitat Szaros wuchs die Sterblichkeitszahl von 2667 auf 3399, im Komitat Turóc von 867 auf 1086. In Karpatho-Rußland erhöhte sich die Sterblichkeitszahl im Jahre 1920 um 300 Personen! — Es dürfte sich in Mitteleuropa allmählich einbürgern, von solchen und ähnlichen Verhältnissen immer nur als von „Karpathorussischen Zuständen“ zu sprechen.

Seine kaiserliche Hoheit, General Popper. Ueber den Hochstapler Wilhelm Popper, der sich in Amerika als österreichischer Erzherzog ausgab und als solcher monarchistischer Tschechen Geld entlockte, erzählt das „Pravo Lidu“ weitere heitere Einzelheiten: In der Mitte des Jahres 1919 tauchte in New York ein Mann auf, der Beziehungen zu tschechischen Kreisen suchte, indem er sich für einen Brigadegeneral der tschechoslowakischen Legion ausgab, sich vieler militärischer Taten rühmte und mit Auszeichnungen der tschechoslowakischen Legionäre prunkte. Er erzählte weiter, daß er Konflikte halber während der sibirischen Kampagne im Auftrage der tschechischen Regierung deportiert worden solle und sich nur einstweilen auf sein Ehrenwort hin frei bewegen dürfe. Er brauche aber einige Hundert Dollar für seinen Advokaten, der es ihm ermöglichen würde, der Deportation zu entgehen. Ein Häusler in New York, John Pokorny, ließ ihm auf Grund seiner Angaben Popper wies übrigens verschiedene gefälschte Dokumente vor und trat in Generalsuniform auf, 650 Dollar. Mit Hilfe der Familie Pokorny wurde er mit einer ganzen Anzahl tschechischer Familien bekannt und entlockte ihnen gegen 30.000 Dollar, indem er ihnen von seinen militärischen Verdiensten, von seiner früheren Wirksamkeit als österreichischer Abgeordneter (eine Abgeordnetenlegitimation hatte er sofort zur Hand) und von seiner Tätigkeit als Delegierter auf der Pariser Friedenskonferenz allerlei vorschwindelte. Später gab er sich als Gegner der gegenwärtigen Regierung aus und behauptete, er habe in der Tschechoslowakei einen Vesi, bestehend aus Grundstücken, Schlössern, Bierbrauereien und Glasfabriken, der ungefähr 64 Millionen betrage. Dieses Vermögen werde ihm aber vom Präsidentsen Masaryk und Minister Beneß und anderen Ministern aus persönlichen Gründen vorenthalten. Aber um sein Recht durchzusetzen, brauche er Geld. Da er immer wieder Dokumente vorweisen konnte, die seinen Aussagen Glaubwürdigkeit verliehen, gelang es ihm sogar, die Tochter der amerikanischen Familie Harris zu heiraten. Schließlich behauptete er auch, er stamme aus dem österreichischen Kaiserhaus, sei eigentlich der Erzherzog Franz Wilhelm Ferdinand, ihm gehören der Erbschein, Kronpfand und andere Grundstücke der kaiserlichen Familie. Dann wieder gab er sich für einen Sozialisten aus und für einen Mitarbeiter der amerikanischen Obrava und Sebenich. Schließlich wurde ihm der amerikanische Boden zu heiß und er reiste Ende Juni aus Amerika nach seinem Geburtsorte Bechne in Böhmen. Im März aber begab er sich nach Prag und versuchte auch hier, den großen Millionär zu spielen. Er mietete eine Frosche, welche ihn 10 Tage in Prag herumführte — schließlich ließ er sich vom Autscher 3000 Kronen aus. Der Prager Autscher hatte allerdings nicht das unerfütterliche Vertrauen der amerikanischen Tschechen und als der angebliche Millionär nicht gleich bezahlte, ließ er ihn verhaften und so befindet sich jetzt der Brigadegeneral, Abgeordnete, Politiker, Erzherzog und Millionär Wilhelm Popper in den Händen der Gerechtigkeit. Was mit ihm weiter geschehen und ob er auch wegen seiner betrügerischen Tätigkeit in Amerika verfolgt wird, ist jedoch nicht bekannt.

Eine Wahnsinnstat. Der Dachbeder Josef Babor aus Piffen besuchte am 21. d. M. seinen Schwiegervater Josef Männer in Wfherup, um seinen dort in Pflege befindlichen vierjährigen Sohn abzuholen. Als er den Sohn auf einer Wieße antraf, nahm er ihn bei der Hand und führte ihn, ohne ein Wort zu sagen, mit sich fort. Wählich wandte er sich gegen seinen Schwiegervater, der ihm gefolgt war, und schob auf ihn aus einem Revolver, ohne ihn zu treffen. Hierauf schob er mit den Worten: „Zeh her, was ich imstande bin“, seinen Sohn in die Brust, der sofort tot war. Dann feuerte er noch zwei Schüsse gegen sich ab und sank zu Boden. Bei der Ankunft des herbeigerufenen Arztes und der Gendarmen erklärte er, er sei unschuldig, er habe die Tat aus Jorn gegen seine Frau begangen. Dann verlor er das Bewußtsein und starb. Es ist offenbar, daß er die Tat in einem Wahnsinnsanfall begangen hat.

Selbstmord. Vorgestern sprang nach 8 Uhr abends das Dienstmädchen Anna Strafa aus Prag II, Sabliceplaz 18, in selbstmörderischer Absicht aus dem dritten Stock in den Hof hinab. Sie wurde in schwerverletztem Zustande in das Allgemeine Krankenhaus überführt. Das Motiv der Tat bildet unglückliche Liebe.

Verurteilung. Die Privatbeamtin Bozena Jduhince aus Weinberge wurde dem Landesstrafgerichte eingeliefert, weil sie ihrem Dienstgeber, dem Drogerien Eugen Franzos in Weinberge, 50.000 Kronen veruntreut hatte, indem sie Schecks gefälscht und Geld, das sie einlegen sollte, für sich behalten hatte.

Kleine Chronik.

Schnelligkeitsrekord des Fliegers Sadi Lecointe. Paris, 27. September (Havas.) Der bekannte Flieger Sadi Lecointe schlug den Schnelligkeitsrekord, indem er auf einer Strecke von einem Kilometer eine Geschwindigkeit von 330 272 Kilometer per Stunde erzielte.

Ein Wort — 8 Kronen. Wien, 27. September. Mit Wirksamkeit vom 1. Oktober 1921 wurden im Telegrammverkehr nach Deutschland, dem Königreiche OS, Liechtenstein, der Schweiz, der Tschechoslowakei und Ungarn die Gebühren für jedes Wort eines gewöhnlichen Telegrammes mit 8 Kr., eines Prestelegrammes mit 4 Kr. und die Mindestgebühr für jedes Telegramm mit 80 Kronen festgesetzt.

Die ständige Rubrik. Aus Barel (im Eidenburgischen) wird ein schweres Explosionsunglück gemeldet. Im dortigen Eisenwerk kam beim Schmelzen von Eisenschrot unglücklicherweise auch eine Granate in den Kupfosen, die noch Sprengstoffe und Entzünder enthielt. Es erfolgte eine Explosion, die den Ofen auseinander sprengte und an dem Gießereigebäude schwere Schäden verursachte. Leider wurden auch neun Menschen von dem Unglück betroffen. Zwei Arbeiter wurden schwer und sieben leichter verletzt.

Der Kurssturz der deutschen Valuta.

Berlin, 27. September. (Drahtbericht des „Sozialdemokrat“.) Der Sturz der deutschen Valuta nimmt geradezu katastrophale Formen an. Der Kurs für den Dollar stieg bei der heutigen Börse auf 127 Mark, englische Pfund auf 417 Mark. Die Bewertung der deutschen Mark ist also weit über den tiefsten Stand hinuntergegangen, den sie seit Jahren gezeigt hat. In der bürgerlichen Presse wird diese katastrophale Verschlechterung der deutschen Valuta als Folge spekulativer Ausschreitungen angesehen. Zugleich richten aber die rechtsstehenden Mütter Angriffe auf das Kabinett Wirth, weil seine Politik die Verschlechterung der deutschen Wirtschaft zur Folge gehabt habe. Tatsächlich ist aber die Verschlechterung der deutschen Valuta in den letzten Wochen immer erst als Folge der Spekulation an den deutschen Börsen eingetreten. In England führt diese Entwicklung bereits zu lebhaftesten Besorgnissen und das hat zur Rede Churchills über die Streichung der internationalen Kriegslasten zu Gunsten einer Herabminderung der deutschen Wiedergutmachungsverpflichtungen Veranlassung gegeben. Dazu schreibt der „Vorwärts“: „Deutschland arbeitet, um zahlen zu können, Deutschland führt zu Schleiuderpreisen aus, um zahlen zu können, die deutsche Arbeit sinkt im Preise, je mehr wir zahlen. Das Ausland aber feiert, weil wir zahlen. Die englische Industrie steht still, die amerikanische Industrie steht still. Die englischen Steuerzahler stellen ihre Zahlungen ein, weil Deutschland zahlt. Die Vereinigten Staaten haben fünfmal so viel Arbeitslose, als während der Krisen der Vorkriegszeit. In England steht es nicht viel besser. In beiden Staaten geröhrt man sich den Kopf darüber, wie die Arbeitslosenfrage zu lösen ist, man versucht, sich durch hohe Zollmauern vor der deutschen Schleiuderware zu schützen, aber die Profitgier und Undiszipliniertheit der deutschen Kapitalisten weiß auch über diese Mauer zu klettern, während die Regierungen noch immer das hohe Lied des freien Wettbewerbes der Kräfte singen.“ Die „Freiheit“ schreibt hierzu: „Hier zeigen sich die Folgen der imperialistischen Raub- und Gewaltpolitik. Die sozialistischen Parteien haben rechtzeitig den Weg gewiesen, der allein eine Verwüstung der Welt verhindert hätte: eine internationale Verständigung über den Wiederaufbau, bei der die von Deutschland übernommenen Verpflichtungen zur Wiedergutmachung im vollen Umfange seiner Leistungsfähigkeit berücksichtigt werden können. Dieser Weg ist nicht eingeschlagen worden und so erweist sich erst recht die Wahrheit des Wortes, daß es nach dem Kriege weder Sieger noch Besiegte geben wird, sondern nur geschlagene Völker. Wenn die Vernunft bei den Alliierten zu wirken beginnt, wäre das zu begrüßen, denn der Wiederaufbau der Weltwirtschaft und damit das Währungsproblem kann nur bei gleichberechtigter Teilnahme aller Völker gelöst werden.“